

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 3/6, und durch Kolportageur zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Binde 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.95, wo keine Post am Orte, M. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subskriptionspreis für die reichhaltige Illustration über den Balkan 20 Pf. Druckpreis unter Zug. Interieur für Arbeitszeit 15 Pf. Illustration 25 Pf. Berechnung: Berechnung: Berechnung: 15 Pf. Interieur für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktions 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 13.

Breslau, Donnerstag, den 16. Januar 1913.

24. Jahrgang.

Der 14. Mai.

Schon am 14. Mai sollen also nach jetzt vorliegenden Nachrichten die Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus vorgenommen werden. An diesem Tage wird das preussische Volk an den Wahltag gerufen, um, in drei Klassen geteilt, in öffentlicher Abstimmung seine Wahlmänner zu wählen. Diese sollen dann am 2. Juni zusammentreten, um wieder in öffentlicher Abstimmung die Wahl der Abgeordneten zu vollziehen.

Preußen steht vor einer Zeit der Wahlkämpfe und der Wahlgeschäfte. Es geht mit zu den Vorzügen des preussischen Systems, daß unter ihm der politische Handel ganz besonders lüppig blüht. Die großen Wählermassen der Reichstagswahlen sind nicht so ohne weiteres durch den Willen der Führer hin und her zu schieben; die beschänzte Zahl der Wahlmänner ist leichter zu übersehen und — so weit nicht terroristische Wirkungen von dritter Seite mit hineinspielen — auch leichter zu dirigieren. Am Tage nach dem 14. Mai wird jede Partei wissen, über wie viel Wahlmänner sie in jedem Kreise zu verfügen hat; sie wird danach ihre Angebote machen und ihre Forderungen stellen können. Vom 14. Mai bis zum 2. Juni wird in Preußen mit Mandaten gehandelt werden wie mit Aktien an der Börse.

Die Situation der Sozialdemokratie bei diesen Wahlen ist schwierig und widrig, wie keine andere. Und darum ist es gut, daß die Partei auf ihrem letzten Parteitag für ihre Wahltaktik allgemeine Richtlinien gesetzt hat, die ihr, im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, ein Existenzminimum der politischen Reinlichkeit garantieren. Die Partei wird sich nicht von Mandatsjungen treiben lassen. Sie wird zunächst mit aller Kraft in die Wahlmännerwahl eintreten und wird ihr weiteres Verhalten von deren Ergebnis und der Stellung der gegnerischen Parteien zu den beiden wichtigsten Fragen — Wahlreform und Anerkennung der Sozialdemokratie als einer gleichberechtigten Partei — abhängig machen. So wird sie alles tun, um die Sache der Wahlrechtsbewegung durch die Wahlen zu fördern; sie wird sich aber auch keiner Illusion darüber hingeben, daß bei der gegenwärtigen Stellung der bürgerlichen Parteien auf eine Befestigung des Dreiklassenwahlrechts durch die Dreiklassenwahlen selbst nicht zu rechnen ist. Es handelt sich ihr nur darum, das Terrain vorzubereiten für künftige Wahlrechtskämpfe, deren Schauplatz nicht das Parlament allein sein wird.

Mit welchen Schwierigkeiten die Wahlrechtsbewegung im preussischen Dreiklassenhaus zu kämpfen hat, das hat sich eben erst wieder am letzten Montag, bei der Beratung des Etats, gezeigt. Als der Fortschrittler Wiemer sein Bedauern aus sprach, daß keine Wahlreform erfolgt sei, und wenigstens den Erlaß eines Notgesetzes zur Einführung der direkten Geheimwahl verlangte, da erhob sich der Polizeiminister v. Dallwitz, um wieder eine jener hinhaltenden und in der Hauptsache ablehnenden Erklärungen abzugeben, die man von dieser Stelle seit je zu hören gewohnt ist. Jetzt fand der Minister auf einmal, daß eine Notreform nicht der Bedeutung der Sache entsprechen würde, und daß sich das Wahlverfahren nicht ohne Erörterung der materiellen Frage des Wahlrechts neu regeln lasse. Die von Wiemer getadelte Abwesenheit der Regierung bei der Beratung des fortschrittlichen Wahlrechtsantrages fand er ganz zweckmäßig, da ihre Stellung längst bekannt wäre, insbesondere zur Frage der Einführung des Reichstagswahlrechts, das für sie indiskutabel sei.

Aus dieser Erklärung des Ministers geht hervor, daß man für die nächste Legislaturperiode eine Reform des Dreiklassenwahlrechts (und nicht nur seiner äußerlichen Begleiterscheinungen) zu erwarten hat, daß sich aber diese Reform nicht in der Richtung des Reichswahlrechts bewegen soll. Fast könnte man hinter so verheißungsvollen Ankündigungen eine Neuauflage des Bethmannschen Monstrums von 1910 vermuten, dessen Hinwegräumung das Dreiklassenhaus vielleicht als einzig wirklich verdienstvolle Tat der letzten Jahre in Anspruch nehmen darf. Aber von der Verwirklichung ihrer edlen Absichten trennen die Regierung ja noch die Wahlen und vielleicht noch ganz andere Ereignisse, die im Schoß der Zeiten schlummern, und wer weiß, ob nicht bis dahin jene Kräfte die Oberhand gewinnen, denen die Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts und das Verbleiben seiner Beschützer im Amte mindestens ebenso „indiskutabel“ erscheint, wie Herrn v. Dallwitz die Einführung des Reichstagswahlrechts.

Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen müssen alle wollen, die unter der Ungerechtigkeit der bestehenden Zustände zu leiden haben, seien es Arbeiter oder Kleinbürger, Deutsche oder Polen, Katholiken oder Protestanten. Das hat in der Montagsdebatte der freikonservative Freiherr von Jeditz dem katholischen Volksvertreter besonders deutlich zu fühlen gegeben, indem er der Hoffnung Ausdruck verlieh, falls der Reichstag die Aufhebung des Jesuitengesetzes beschließen werde, Preußen im Bundesrat für die Abschaffung dieses Gesetzes wirken. Würde es dem Gen-

Neuer Kriegsbeginn auf dem Balkan?

Der Waffenstillstand gekündigt?

London, 14. Januar. Reuters Bureau meldet: Die Chefs der Delegationen der Balkanstaaten haben heute vormittag in einer Konferenz beschlossen, daß gleichzeitig mit der Ueberreichung der Note der Großmächte an die Türkei die Balkanstaaten der osmanischen Regierung eine Note überreichen werden, durch die sie die Friedenskonferenz aufheben. Es wurde gleichzeitig beschlossen, Instruktionen an die Kommandanten der Heere zu erteilen, dem Waffenstillstande ein Ende zu bereiten.

Das Morden auf dem Balkan soll also aufs neue seinen Lauf nehmen.

Alle Versuche, die streitenden Gänder einander näher zu bringen, scheinen gescheitert, fast alle Hoffnungen auf einen endgiltigen Frieden ausgehen.

In Eis und Schnee sollen die ohnehin hart mitgenommene Heere ihre blutige Arbeit wieder aufnehmen, zugleich im Kampfe mit der Unbill des Wetters und den Geschossen der „Feinde“.

Die Drohung geht vom Biederbunde, nicht von den Türken aus. Das läßt darauf schließen, daß Serben und Bulgaren sich durch Nachgiebigkeit den Rücken gegen Oesterreich und Rumänien gebückt haben. Besonders Bulgarien dürfte durch bedingungsweise Abmachungen — falls Adrianopel an Bulgarien fällt, erhält Rumänien Sibiria und Karna — den Rumänienstaat nicht nur von der Türkei abgesprengt, sondern an sein eigenes Interesse direkt interessiert haben. Die eine Erwartung darf man also hegen, daß wenigstens neue Völker in die Totschlägerei nicht hineingezogen werden.

Für Montenegro bedeutet die Aufhebung des Waffenstillstandes keine Veränderung der Situation. Die einzige Stelle, an der sein kleines Heer kämpfte, Skutari, ist ohnehin praktisch von der Waffenruhe nicht erreicht worden und die Lage Nikitas wird vorläufig nicht schlechter, aber auch nicht besser werden.

Das gleiche gilt von Griechenland, das auch formell von den bisherigen Abmachungen nicht berührt wurde und das uns einigermassen im Zweifel ließ, ob die Parteilie bei der Bereinigung von Janina im Epirus auf seiner Seite oder bei den Türken waren.

Serbiens Arbeit ist eigentlich getan, nachdem der Sandtschah Nobibagar, das Wlajet Kofowo und Albanien unterworfen sind. Die serbischen Truppen werden also für die Unterführung bei Skutari und Janina frei, ob allerdings Griechen und Montenegriner sich die Mühe geben, ihren zukünftigen Landbesitz von fremden Heeren erobern zu lassen, steht dahin. Freilich — Not kennt kein Gebot und die Not schreit an den genannten Stellen ziemlich nahe zu sein.

Die Hauptmacht des serbischen Heeres dürfte, falls die Differenzen in Salonik erledigt sind, schon in den letzten Wochen nach Thrazien geeilt sein, um die Belagerungsarmee von Adrianopel abzulösen und die Tschaka-

tschakalanie der Bulgaren zu verstärken. Trotzdem ist zu erwarten, daß die Bulgaren hier in der Defensive bleiben und es den Türken überlassen, den opferreichen Vorstoß zu unternehmen. Sie haben den Teil der Türkei, den sie besitzen wollen, bereits besetzt, Konstantinopel erhalten sie doch nicht und so können sie warten, ob die Türken sich Adrianopel wiederholen wollen. Der bulgarische Vorstoß gegen die durch Sümpfe, Erdwerke, natürliche Glacis und Forts geschützte Tschatalbtschalanie könnte sonst leicht eine Wendung des Kriegsglücks bringen. Es wäre nicht das erste Mal, daß die Türken bei der Verteidigung fester Plätze alle Verluste wettmachen. Und während über die Verfassung des bulgarischen Heeres und seiner Stärke bisher freigeschüttelt geblieben ist, wird von türkischer Seite eine Vermehrung der Bestände, eine Aufbesserung der Stimmung, gute Versorgung mit Artillerie und Munition und das Eintreffen des alten Hauptgegener Enver Bey gemeldet, Vorteile, die nur durch die auch heute noch mangelhafte Verpflegung der Truppen stark beeinträchtigt werden.

Man ist also im großen ganzen auf beiden Seiten fertig, um wieder übereinander herzufallen. Die Entscheidung hängt an einem Faden. Hoffen wir, daß sie doch noch im guten Sinne ausfällt und das Unglück eines neuen Feldzugs den beteiligten Völkern und ganz Europa erspart wird.

Deutschland ist nicht schuld.

Gegenüber der Neutermeldung aus Konstantinopel, nach der Deutschland die Schuld trage, wenn in der Uebermittlung der Gesamtnote der Mächte an die Türkei ein Aufschub einträte, besagt ein Berliner Telegramm der „Mitteltäglichen Zeitung“: Die Meldung erscheint gar nicht in dieser Weise gegen eine einzelne Macht angelehnt. Wir glauben Grund zu der Annahme zu haben, daß mehrere Regierungen, unter ihnen auch die deutsche, für einige Punkte des Entwurfes der Gesamtnote Milderungen ins Auge faßten, und daß über solche Anregungen zuerst von den Kabinetten beraten wird. Der dadurch veranlaßte Aufschub kann nicht erheblich sein, auch tritt kein Zeitverlust ein, da die Zwischenzeit benützt wird, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch den einen oder den anderen Teil hinauszuschieben.

Januar noch Albanien der Streitplatz.

Nach einer Londoner Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ sollen neue Schwierigkeiten in den Verhandlungen eingetreten sein. Eine Nacht der Trübsal sollte, wie es heißt, den Vorschlag gemacht haben, die Festsicherung der Grenzen Albanien erst dann in der Vorkonferenz zu beraten, wenn Rußland und Oesterreich demobilisiert haben. Rußland soll darauf erklärt haben, es würde die Mobilmachung aufgeben, falls Oesterreich das gleiche tue. Dazu kann sich aber Oesterreich angeblich nicht verfehlen.

Die Türkei bleibt fest.

Wien, 14. Januar. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Konstantinopel von einer der Regierung nahe stehenden Seite mitgeteilt wird, bleibt der Standpunkt der Pforte hinsichtlich Adrianopels und der ägäischen Inseln unverändert.

trum ernstlich darum zu tun, das Jesuitengesetz zu beseitigen, und der Drangskaterung der katholischen Polen Einhalt zu tun, dann hätte es längst mit aller Macht für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen eintreten müssen. Statt dessen aber geht es hin und schließt Wahlbilddnisse mit den Junkern!

So hat die preussische Wahlrechtsbewegung im Kampfe gegen offene und verkappte Widersacher jetzt einen harten Stand, und ulemann vermag vorauszu sagen, welche Konflikte und Erschütterungen noch auf ihrem Wege liegen mögen. Für die nächsten Monate aber ist ihr Programm klar vorgezeichnet. Es gilt, mit einer möglichst großen Wählerzahl auszumarchieren, möglichst viel Wahlmänner durch die gefährliche Passage der öffentlichen Abstimmung hindurchzuführen, und die Entrüstung über die preussischen Zustände bis in den letzten Winkel des Landes hineinzutragen. So kann dafür gesorgt werden, daß der 14. Mai zu einem Ehrentage für die preussische und die deutsche Sozialdemokratie wird, und daß der 2. Juni ihr wenigstens keine Schande macht.

Politische Uebersicht.

Stehzig bis achtzig Millionen!

Die sensationellen Mitteilungen der „Post“ über den Inhalt und den Umfang der neuen Militärvorlage haben bekanntlich kein Geheimnis erhalten. Spätestens, daß der

und da einige mehr oder weniger unterrichtete Leute einige Einzelheiten glauben richtigstellen zu können. Aber was wollen solche kleine Kritiker bedeuten? Jedenfalls ist kaum mehr ein Zweifel daran möglich, daß der Reichstag schon in aller nächster Zeit mit einer Vorlage beghäftigt wird, die von dem deutschen Volke neue, gewollte Opfer für Rüstungszwecke fordert.

In verschiedenen Blättern finden sich jetzt auch schon nähere Angaben über die Höhe der zu erwartenden Forderung. Danach haben wir mit einer Mehrbelastung von 70 bis 80 Millionen jährlich zu rechnen, das heißt die neue Heeresvorlage würde, was die Kosten betrifft, etwa denselben Umfang erreichen, wie die, die uns vor Jahresfrist besetzt wurde. Die belästigt bekanntlich auf insgesamt 440,5 Millionen Mark, die auf sechs Jahre verteilt wurden. Für 1912 waren 79,5, für 1913: 101, für 1914: 78 Millionen vorgesehen usw. Zu dieser Neubelastung, die der Masse des Volkes unentgeltlich erfährt, und die selbst nach Ansicht nationaler Politiker bis hart an die Grenze des Möglichen ging, sollen jetzt jedenfalls noch weitere 70 bis 80 Millionen kommen. Von sozialdemokratischer Seite ist einwandfrei festgestellt worden, daß in dem Etat für 1913 die ordentlichen Einnahmen des Reiches geringer sind, als die Ausgaben für Rüstungszwecke. Statt den Versuch zu machen, einen Ausgleich herbeizuführen, wenn nicht durch Erhöhung des Zolls und Flottensteuern, so doch durch die Vorlage einer zur mehrfachen Besteuerung, schied man sich an die

ausgaben um 80 Millionen zu erhöhen. Eine Bankrott-
wirtschaft, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann!
Nun wird man ja am Ende doch mit einer Besch-
neuerung vorliegen, denn so wenig wir auch von der
Energie der bürgerlichen Parteien hatten, möchten wir
doch bis auf weiteres nicht annehmen, daß Zentrum und
Fortschrittliche Volkspartei neue Millionen bewilligen, wenn
ihnen nicht gleichzeitig eine Deckung zum mindesten in
einige machen sichere Aussicht gestellt wird. Aber wie wird
die Beschneuerung aussehen? Erinnern wir uns daran, daß
im März vorigen Jahres die „Norddeutsche Allgemeine
Zeitung“ eine Erklärung veröffentlichte, in der es hieß:

„Man war im Bundesrat einstimmig der Ansicht, daß
die Einbringung der früheren Erbschaftsteuer zur Deckung der
Wehrvorlage mit Rücksicht auf die Stellung der Sozialdemo-
kratie zu den Wehrvorlagen ein politischer Fehler sei und
nicht einmal Erfolg verspreche.“

Da die Sozialdemokratie der neuen Wehrvorlage nicht
günstiger gegenübersteht, als der alten, im Gegenteil sie
noch weit heftiger beschleunigt wird, muß also der auf Ver-
hütung politischer Fehler so eifrig bedachte Bundesrat auch
jetzt auf die Erbschaftsteuer verzichten. Wie er die Summe
von 120 bis 150 Millionen Mark jährlich — denn die
steht das Minimum des nunmehr Erforderlichen dar —
aufbringen will, ist kein Geheimnis.

Neben den Geldopfern scheint die Wehrvorlage auch
noch ein Menschenopfer zu fordern. Der Kriegsminister
von Seeringen soll vor der Demission stehen. Man nimmt
es ihm angelegentlich übel, daß er im Vorjahre nicht weit-
sichtig genug seine Pläne aufgestellt habe. Das ist ein
schlechter Vorwand, da man es doch so bequem hätte, auf
die durch den Balkankrieg veränderte Situation hinzu-
weisen. In Wahrheit soll Herr von Seeringen wohl auf
dem Altar des Zentrums dargebracht werden, dem er das
Versprechen einer Kabinettsordre zur Einschränkung der
Quelle nicht eingelöst hat. Die Frage ist, ob diese Gaben
den Merkmalen genügen wird.

Oberschlesische Eisen- und Kohlen-Industrie.

Die oberchlesische Eisenindustrie bietet, was die Zu-
fuhr ihrer Rohprodukte betrifft, jetzt einen deutlichen Be-
weis für die Notwendigkeit internationaler Verständigung
der Völker. Die oberchlesischen Eisenerze müssen erheb-
liche Mengen von Erz weither beziehen. Zuletzt war es
im besonderen Südrussland, das seine Erze nach
oberchlesischen Eisenerze ausfuhrte. Rußland braucht
die Entwicklung seiner Industrie, deswegen ist es nicht
nur zum Einfuhrzoll für viele Industrieprodukte über-
gegangen, um dadurch der einheimischen Industrie gegen
billige Konkurrenz geschützte Entwicklungsmöglichkeiten zu
schaffen; es ist auch darum bestrebt, seine für das eigene
Land wichtigen Rohprodukte auszuführen zu lassen. Des-
wegen kam es zu dem Ausfuhrverbot für russi-
sches Erz. Die oberchlesischen Eisenerze wußten sich zu
helfen, sie bekamen einschneidende Vergünstigungen der
Transporttarife für Siegerländer Eisenerze. Jetzt lauten
sie planmäßig die Zufuhr spanischer und portugie-
sischer Erze aus, nachdem ihnen auch dazu als
Grundlage günstige Eisenbahnfrachttarife gewährt worden
sind. Desterreich-Ungarn braucht seine Eisenerzungen auch
immer mehr für sich, wir erleben deshalb das charakte-
ristische Schauspiel, daß die oberchlesische Eisenindustrie
ihre Rohmaterial nicht aus den naheliegenden russischen und
österreichisch-ungarischen Gebieten bekommt, sondern aus
dem entfernten Spanien und Portugal bezieht. Und wenn
nun Spanien und Portugal ihre Eisenerze einmal selbst
brauchen, was kommt dann? Afrika ist zum Beispiel von
Marokko bis Kapland noch mit Ausnahme weniger kleiner
Gebiete Zukunftslieferant für die Weltisenerzindustrie, daher
auch mit das starke Kolonisationsbedürfnis des Kapital-
ismus!

Die oberchlesische Kohlenindustrie wird für
Berlin immer wichtiger. In der „Volksmacht“ ist schon

manches Mal über den Kampf zwischen England und Ober-
schlesien um den Berliner Markt berichtet worden. Das
Jahr 1912 brachte für Berlin einen Gesamtkohlenbedarf
von 2.526.000 Tonnen gegen 2.047.000 Tonnen im Jahre
vorher. Ueber die Anteilsziffern an diesen Summen gibt
die folgende kleine Zusammenstellung Auskunft:

Oberschlesien	1912	1911
England	48 Proz.	38 Proz.
Sachsen und Rheinland-Westfalen	22 „	21 „
	100 Proz.	100 Proz.

Oberschlesien hat also jetzt auf dem Berliner Markt
das entscheidende Wort. Intolerant diese Entwicklung
eine stetige bleiben wird, ist noch eine offene Frage. Der
Gesamtverbrauch an oberchlesischer Kohle betrug 1912
32,5 Millionen Tonnen gegen 27,7 Millionen Tonnen im
Jahre 1911. Das ist eine Steigerung in einem Jahre
um 17,4 Prozent, in ganz Deutschland sind 1912 gegen-
über seinen Vorjahren nur rund 11 Prozent Kohlen mehr
abgesetzt worden. Oberschlesien hat jetzt in der Kohlen-
produktion das schnellste Tempo; das bedeutet goldene
Zeiten für die Grubenbesitzer, die ja jetzt schon zu den
ärmsten Schichten des Reiches gehören.

Hochverratsprozess gegen den Reichstags- abgeordneten Wetterle.

Der elsässisch-nationalistische Reichstagsabgeordnete
Wetterle befindet sich gegenwärtig auf einer Vortrags-
reise in Frankreich. Die Vorträge, die er bis jetzt dort ge-
halten hat, haben in der deutschen Presse ziemlich viel Staub
aufgewirbelt. Verschiedene Organe des Zentrums haben den
streitbaren Priester des Zentrums bereits direkt abgeschüttelt,
während die alldeutsche Presse nach dem Staatsanwalt für die
Das ist offenbar nicht vergebens gewesen, denn dem „Ber-
liner Lokal-Anzeiger“ wird aus Paris telegraphiert, daß der
Abg. Wetterle seine Vorträge eingestellt habe, weil ihm
bedeutet wurde, daß er wegen Hochverrats verhaftet werde,
sobald er nach Deutschland zurückkehre.

Diese Absicht scheint bestimmt bestanden zu haben, kann
aber nicht ausgeführt werden, weil der Abg. Wetterle seine
Zunehmende als Reichstagsabgeordneter schützt. Ein Abgeord-
neter darf ohne Zustimmung des Reichstages nur verhaftet
werden, wenn er bei Begehung einer strafbaren Handlung
spätestens im Laufe des nächsten Tages ergriffen wird. Abg.
Wetterle will den Wert seiner Rede, in dem unter seiner
Leitung stehenden elsässischen Blatt veröffentlichten, um dar-
zutun, daß keinerlei Grund zum Einschreiten gegen ihn ge-
geben sei. Die „Post“ verlangt eine Rundgebung des Reichs-
tages gegen Wetterle. Sie sagt:

Die Reaktion ist es jedoch nicht allein, welche der Ge-
fahr ausgesetzt ist, zum „Gewicht der Welt“ zu werden. Das
Wetterle kann von dem Reichstage getrennt, wenn er nicht Mittel
und Wege findet, vor aller Welt darzutun, daß er mit diesem
Wort nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun haben will.
Wetterle haben wir allerdings leider vergeblich auf irgend eine
Art des Reichstages nach dieser Richtung hin erwartet. Man
hat mittlerweile zwar 10 neue Anfragen nach West weis was
für nebensächlichen Dingen eingebracht, man hat die Regie-
rung auch interpelliert, aber an dem skandalösen Treiben des
Herrn Wetterle ist man schon und schamlos vorbeigegangen.
Wir geben jedoch die Hoffnung noch nicht auf, daß aus den
sechs rationalen und den drei anti-nationalen Parteien des
Reichstages mit entsprechenden Maßnahmen gegen Wetterle
norgegangen wird, wofür man sowohl in der gesellschaftlichen
und politischen Meinung, wie in der Geschäftsordnung ent-
sprechende Handhaben zur Verfügung findet.“

Daher das Verfahren des Herrn Wetterle verteidigen zu
wollen, scheint es uns doch, als ob die Empörung der „Post“
rechtlich übers Ziel schießt.

Herr Wassermann und Energie!

Einen nationalliberalen Politiker die Energie preisen zu
hören, ist ein seltener Genuss. Herr Wassermann hat ihn uns
am letzten Sonntag zu Lobau in Sachsen verschafft. Er kam
in einer Rede, zu der eine Abschiedsfeier des von den

Agriariern hinausgedrängten früheren Abgeordneten Weber
den Anlaß gab, auf das Besitzsteuerproblem zu sprechen:

Die Frage der allgemeinen Besitzsteuer läßt sich nur durch
Energie, nicht durch Jägendes Schwanken
gelöst werden. Solche Energie würde dem Reichstag im-
ponieren. Begriffe, wie Vermögenswachstumssteuer oder Erb-
schafts- und Grundbesitzsteuer, sind nicht nach Wassermanns Geschmack.
Nach seiner Ueberzeugung können sie auch einen gewissen
Konflikt zwischen Reich und Einzelstaaten, der sich aus der
Steuerfrage ergeben sollte, nicht bannen. Eine energielose
Regierung würde gewiß die Erbschaftsteuer durchsetzen.
Eine Partei aber, die ihre entgegenarbeitete, müßte bei den
eventuellen Wahlen sehr schlecht abschneiden.

Herr Wassermann fordert also Energie von der
Regierung. Behmann-Hollweg soll seine zögernde
Haltung aufgeben, eine Erbschaftsteuervorlage einbringen
und alles an ihre Durchführung setzen. Nach allem, was
man weiß, wird dieser Versuch, dem Mann der gottgewollten
Abhängigkeiten das Rückgrat zu steifen, ohne Wirkung
bleiben. Aber warum wendet sich Herr Wassermann auch ge-
rade an ihn. Läge es nicht näher, wenn der Führer der
Nationalliberalen sich selbst und seine eigenen
Freunde zur Energie ermahnte. Die hätten es nach
unserem bescheidenen Ermessen mindestens ebenso nötig wie
Reichsanwalt und Bundesrat.

Seine Anfragen im Reichstag. Der Abgeordnete
Deichmann (Soz.) trägt an: Welche Maßnahmen gedenkt
der Herr Reichsanwalt zum Schutze der in der deutschen
Tabakindustrie beschäftigten Arbeitnehmer zu ergreifen,
die in wirtschaftlicher und besonders in gesundheitlicher Beziehung
durch die Intoleranz der Tabaksteuerung vom Jahre 1909 erlittenen
Weiterausbreitung der Peimarbeit in der Tabakindustrie schwer
geschädigt worden sind.“

Die Anfrage des Abg. Stolte (Soz.) lautet: „Ist der
Herr Reichsanwalt bereit, Auskunft darüber zu geben, ob Oester-
reich-Ungarn seine Zustimmung zu der Erhebung von Schiff-
fahrtsabgaben auf der Elbe erklärt hat.“

Eine Anfrage des Abgeordneten Wehrens (Wirtschaftliche
Vereinigung) betrifft die Erziehung und die Zusammenführung der
Fachauskünfte nach dem Peimarbeitergesetz vom 20. Dezember
1911 erlassen hat und falls das noch nicht geschehen sei, ob die
Erziehung dieser Auskünfte zu erwarten steht.

Der Ministerwechsel in Württemberg. Der zurück-
getretene württembergische Minister des Innern v. Bichel
wurde am Montag vom König zum lebenslänglichen Mitglied
der Ersten Kammer ernannt. Herr Bichel wird in der Würt-
tembergischen Kammer keine unangenehme Figur bilden. Diese Ernennung
scheint die Ehreung darzustellen, die dem Minister bei der Entlassung
seiner Entlassung in Aussicht gestellt wurde. Sie bildet
gleichzeitig ein Pfand auf die Wunde, die ihm dadurch zugefügt
wurde, daß sein Entlassungsgesuch zu seiner großen Ueberzeugung
Gals über Kopf genehmigt wurde. Ministerpräsident v. Weizsäcker
hatte es, wie man nachträglich erzählt, viel eiliger mit
der Zurücksetzung seines Kollegen Bichel, als dieser selbst. So
kam es, daß Bichel mitten in der Arbeit von der Wundung des
Staatsanwalts überrascht wurde, daß kein Rücktrittsgesuch ge-
nehmigt sei. Er legte darauf sofort die Feder aus der Hand
und schied die zur Audienz erschienenen Personen nach Hause
mit der Begründung, er sei nicht mehr Minister und habe hier
nichts mehr zu tun. Auch die Ernennung des bisherigen
Stellvertreters zum Minister des Innern geschah, ohne daß
dieselbe darauf vorbereitet war. Diese Tatsachen zeigen, wie
sehr viel dem Ministerpräsidenten nach der Bestimmung des
Wahlgesetzes daran gelegen war, so rasch wie möglich seinen
den schwarz-blauen Parteien unangenehmen Kol-
legen aus dem Wege zu schaffen.

Weitere Entlassung polnischer Rittergüter? Den
vieler Neuesten Nachrichten zufolge ist dem Staatsministerium
ein neuer Antrag auf Entlassung acht weiterer polnischer
Rittergüter zugegangen. — Die Meldung klingt nicht sehr wahr-
scheinlich.

Beschlossen und verkündet. Der „Reichsanwalt“ mel-
det: Der Kaiser ernannte den Vorkämpfer des italienischen Dose,
v. Jagow, unter Verleihung des Charakters als Wirklicher
Geheimer Rat mit dem Prädikat Excellenz zum Staats-
sekretär des Auswärtigen und betraute ihn mit der
Stellvertretung des Reichsanwalts im Bereiche des Auswärtigen
Amtes.

Die Steuer für die Steuerheuen. Nach dem „N.“
wird gegenwärtig im Reichstagsamt der Entwurf eines Ge-
setzes, betreffend die Einführung einer Vermögens-
steuer auf die Steuer ausgearbeitet, mit der Hoffnung darauf,
hierfür im Bundesrat eine Mehrheit zu finden, um die Vorlage
dann, entsprechend dem Reichstagsbeschluss wegen einer allge-
meinen Besitzsteuer, bis zum 30. April vorlegen zu können.

Im ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben
von Johan Falkberget.

(Nachdruck verboten.)
Und sie sie sich trennen an jenem Abend, hatte sie ihm
ausgesprochen — so weit er die Worte verstand.
„Ich werde dir fern sein. Werde warten auf dich, ge-
duldig ... warten und mich immer noch dir sehen.“
Seit jenem Tage war sein Leben in einer Art Leere
geworden — er war ein noch größerer Trübsamer geworden als
vorher. Er sah sie gleichsam dort oben auf hohem Berge in
Schnee und Sonnenglanz mit weit offenen Armen. Und dort-
hin, während dem Haar.
Aber das Schicksal war hart gegen ihn gewesen.
Hier stand er nun — tief unten in den Abgründen der
Bergschicht. Alle Ideale — sie auch, hatten seine Seele nur
gepeinigt mit der Sehnsucht der Sehnsucht.
Aber dennoch — er sah Maria überall. Auch hier
unter in dem Eiswälder stand sie ihm vor Augen.
Sehr und voller Liebe. Maria, seine Frau ...
Jedoch war sie all' alles in der Welt.
Ein Herz wurde wieder reich. Denn der milde Früh-
lingswind der Erinnerungen umschloß sie.
Mit jenem Dolchmesser begann er, ihren Namenszug in
einen Eisstein zu ritzen, bis der Name leuchtend und ihm im
Glanz der vielen Bergschichten entgegenstrahlte gleich einer Edel-
steinleuchte. Dieser liebe Name.
Und er ließ sich nieder auf einen Felsblock und dachte
den Namenszug an. Ueber eine Weile mußte sein Gang
bestehen.
Ueberdies — angezogen werden von der zarten Blüte.
Ueberdies.
Es über wachte eine Stelle, wo ihr Name niemals über-
hinaus sollte. Das hat in seiner Seele.
Da sollte er immer stehen. Immer ... bis in des
Schicksals große Erinnerung.
Es war, als ob ein Damm, der den Strom der Tränen
lange Zeit hindurch einengte, plötzlich durchbrach ... ein Damm,
abgesenkt und der Bergschichten des Berges.
Gedächtnis von Zukünftigen wurde hörbar oben von
der Erde her. Einzigartigste Gedächtnis kam über des
Hörers, und seine Rede überhallte an den Gesteinen.
Es war ein Gedächtnis, das zu Maria gehörte.

Er mußte nun wohl auch an die Arbeit. Aber bevor er
ging, hob er noch einmal die Lampe empor und betrachtete
Marias Namen im Eis.
Der Strahlengang war schon verdunkelt ... der Strahlen-
glanz dieses Lichtes — lieben Namens!
Der Damm war nun zerfallen und zerfiel ihm in den Eingeweiden. Es
war keine Kraft mehr in seinem Körper — und auch nicht in
seiner Seele. Alles in ihm war gebrochen.
Gebrochen istlich er dahin in der Finsternis. Er wünschte
sich die Tränen von den Augen mit dem Kiesel seiner Lampe.
Galle fand schon bei der Arbeit, als Jonse endlich kam.
Sie arbeiteten in einer Mine unter dem Gewölbe. Dort
standen sie auf hohen Gerüsten. Wenn sie auf ihre Minen-
bohrer schauten, schauerten diese Gerüste hin und her.
Schon oben an einem Felsblock hingen ihre qualmenden
Lampen.
Von Rissen im Steingewölbe tropfte eiskaltes Wasser auf
ihre breitschultrigen Hüte herab. Die Tropfen kamen schwer
und regelmäßig. Es klang wie das Tis-Tad einer großen
Pendeluhr ... einer Uhr in ewigem, unaufhörlichem Gang.
Dieser drinnen in der Grube, wo das Gewölbe noch höher
war, klang dieses Tropfen wie schleppende Schritte auf feinstem
Gerände ... wie wenn dort unauffällig einer umberginge.
Jemanden war es auch, wie wenn kurze, heftige Rufe erklangen
und plötzlich in der Finsternis abtraten.
Sie arbeiteten hart, die zwei — Jonse und Galle.
Die Lampen leuchteten auf über ihren Schultern. Die Minen-
bohrer führten unter den schweren Hammerköpfen leuchtend in
das Gestein ... Stunde auf Stunde, Tage und Nächte lang.
Wenn dann ein tiefes Loch hineingehämmert war, wurde es
mit Holzbohlen trocken gehohlet. Ruhig und sicher wurde das
gefährliche Dynamit hineingepreßt, und mit derselben Ruhe und
Sicherheit wurden die Lunte angezündet. Sie brannen einige
Sekunden, bis zu Stunden wurden für die Leute, die mit ver-
hülltem Atem hinter Felsklippen verborgen standen.
Aber wenn das Dynamit Feuer fing, erbebt der Berg
unter donnerndem Getöse. Gewaltige Felsblöcke wurden herab-
geschleudert. Und die Grube füllte sich mit erklingendem Quaken.
Es geschah auch, daß ein Sprenghölzchen lange auf sich
warten ließ. Man glaubte, die Leute wäre verstorben.
Lärm — gleichsam lauernd istlich sich dann der
Kantige heran.
Aber plötzlich brach es los. Ein durchdringender Schrei
kam über den Berg, der in Galle's Ohren tönte, durchs-
drang.

die Luft. Und in dampfendem Blute lag eine zeretzte Leiche
zwischen den Felsblöcken im Dynamitqualm.
Jonse hing immer gleichmütig auf dem schwanken Gerüst.
Manchmal kam eine Art Mahnung über ihn. Er spielte dann
förmlich mit dem Tode. Wenn Galle ihn warnte, lachte er nur.
Es gab keine Gefahr für ihn. Er und der Onkel Tod waren
ja alte Bekannte.
Tief branten im Abgrund unter ihnen lag eine elektrische
Lokomotive lügend hin und her. Sie schleppte die blinkenden
Erze zutage. So oft sie dahinstrahlte, ward es unter dem Ge-
wölbe blendend hell von bläulichen Flammenschein.
Dann konnten die beiden Kameraden wohl für einen
Augenblick ihre Äußerer ruhen lassen. Dann standen sie schwe-
gend da und sahen einander an.
Aber es war immer, als würden sie von Hölle und Hölle
gehört. Mit wildem Eros gingen sie drauflos. Besonders Jonse.
Er fürzte sich wie rasend in die Arbeit, um sich selbst und die
ganze Welt zu vergessen. Jemand etwas anderes als ein
Grubenarbeiter — als ein Kallare, konnte ja doch niemals aus
ihm werden. Ein Gelbe ... ein tanzenbeser Satan!
Aber als Grubenarbeiter wollte er sich einen Namen machen,
einen Namen, der als ein Ausbund von Verhärtung und Rohheit
gellen sollte.
Eine Zeitlang machte er sich vertraut mit diesem Gedanken.
Gleichwohl wachte er, daß das Selbstbetrug war ... Gedanken
waren, die auf morschen Grundpfeilern ruhten — auf einer
Lebenslüge.
Jonse rappelte sich nach und nach wieder auf ... just so
wie ein rechter Grubenarbeiter.
In neuer Blüte und neuen Engschleiderhosen konnte er
nun an den Sonnabendabenden wieder aufmarschieren. Seine
Schulden bei Moa-Gans hatte er auf Heller und Pfennig ab-
gezahlt. Und Moa-Gans hatte ihm eine Quittung geschrieben:
„mit dem heutigen Datum richtig bezahlt.“ Das war
beinahe spasshaft mit dieser Quittung. Jonse hatte darauf
gespuckt und sie weggeworfen.
Denn das sollte der weisheitvolle Satan doch bald wissen,
daß Galle und Recht für einen Kallare nicht existieren.
Aber Moa-Gans war ein schlauer Fuchs. Wenn Jonse
in den Boden geschleudert kam, den Fuß im Boden, die Hände
hief in die Rosenkränze bergangen, freute sich Moa-Gans über
den Leuten und fragte: „Na, Jonse, was geschäht? Viel-
leicht ein Stück Silberne Pferdewurst vom Duffen?“

Sozialdemokratische Forderungen im württembergischen Landtage. Die sozialdemokratische Fraktion Württembergs hat eine Anzahl Initiativentwürfe eingebracht. Sie fordert unter anderem die Errichtung von Arbeiterkammern auf landesgesetzlicher Grundlage, die Einführung allgemeiner Verhältniswahlen zur Wahl des ganzen Landtags und den Sonntag als Wahltag; ferner die staatliche Unterstützung der kommunalen Arbeitslosenfürsorge, die Aufhebung der Bestrafung, Einführung des Achtstundentages in den Staatsbetrieben, und die Errichtung einer Landwirtschaftskammer auf demokratischer Grundlage mit Vertretung der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Kampflustige Volksvertreter. Der heftigste Landtagsabgeordnete Dr. Winkler, hochliberaler Richtung, tritt in der Presse mit, er habe dem fortschrittlichen Abgeordneten Justizrat Grünwaldt - Gießen eine „schwere Forderung“ überbringen lassen, dieser habe aber abgelehnt, sich zu schlagen. Winkler bezeichnet „ein solches Verbot als einen Akt der Feigheit“. Die Differenzen zwischen den beiden Abgeordneten, die nach Ansicht Winklers nur mit Blut ausgeglichen werden könnten, sind in der Zweiten Kammer entstanden. Der schwarzblaue Abgeordnete Winkler erklärte die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Kretzel, der infolge reichlicher Freibriefspenden mit 15 Stimmen Mehrheit über den Genossen Grünwaldt siegte, für gültig. Der Vorsitzführer der freibrieflichen Mehrheit war Dr. Winkler, der dabei in provozierender Weise den Vorsitzführer der Minderheit, den fortschrittlichen Abgeordneten Grünwaldt angriff. Grünwaldt lehnte es ab, sich mit Winkler auseinanderzusetzen, denn er nehme ihn nicht ernst und sei auch nicht als Rabarellkämpfer ausgebildet. Winkler replizierte mit dem Vorwurf der Feigheit, worauf Grünwaldt durch einen Zwischenruf erklärte, er werde W., falls er den Vorwurf außerhalb des Hauses wiederhole, „hinter die Ohren schlagen“. Diesem lieblichen Duett trug beiden Kontrahenten je zwei Ordnungsrufe ein. Dr. Winkler, ein streblamer Reichsverbändler, hat durch seine Manieren und seinen Ton schon zu wiederholten Malen Anlaß zu unlieblichen Auftritten im Landtage gegeben. Es ist eine neue sehr empfehlenswerte Methode der Bekämpfung des „Pöbels“, die Herr Winkler sich da zuletzt, indem er seinen stumpfen geistigen Waffen noch den Schiefprügel hinzugesellte.

Abgewiesener antientimistischer Vorstoß. Der antientimistische Abgeordnete Dr. Werner - Gießen - alle an den Reichstagen die Vorlage gerichtet, ob er bereit sei, das „Verbot der Landarbeit“ und andere den Antimilitaristen nicht genehme Mängel vom Bericht auf den Wahndruck auszuscheiden. Die vom Staatssekretär bei richtiger gegebene Antwort geht dahin, daß die Angelegenheit zur verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reiches nicht gehöre.

Das Urteil im Bochumer Oststraßenassessorenprozess. Am Dienstag hätte das Landgericht Bochum in dem Prozess gegen den Mendanten der Bochumer christlichen Oststraßenassessoren Davenport, der wegen Untreue, Urkundenfälschung und Betrugs angeklagt war, das Urteil. Es lautet auf fünf Monate Gefängnis. Weitere Strafverfahren gegen den Angeklagten schweben noch.

Ausland.

Keine Ministerkrise.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 13. Januar: Herr Poincaré hat es verstanden, den Ausbruch einer Ministerkrise zu verhindern, dadurch, daß er zum Ersatz für den abgesetzten Millerand keinen „neuen Mann“ rief, sondern einfach dem bisherigen Kolonialminister, seinem engeren lehringewandten Landsmann Lebrun, das Kriegsministerium übertrug und das freiwirtschaftliche Kolonialministerium mit dem breiunfährigen Jean Besnard besetzte, der bisher das Unterstaatssekretariat der Finanzen verwaltete, einen Posten, der so wichtig war, daß er jetzt ohne weiteres abgelehnt werden konnte. Einen Augenblick gab sich Herr Poincaré den dem Geist der Konstitution entsprechenden Anschein, als ob er mit dem gesamten Ministerium demissionieren wolle, aber Herr Fallières, dessen Präsidenschaft am 18. Februar aufhört, und dessen Nachfolger bekanntlich in einigen Tagen schon gewählt wird, hat sich in der energischsten Weise dagegen gewehrt, am Ende des Septembers noch eine Ministerkrise großen Stils lösen zu müssen, nachdem er seit 1906 schon acht Mal Gelegenheit hatte, sich in dieser Art zu prüfen. Und so ging denn die Ausschiffung Millerands vor sich, ohne das gesamte Ministerium in den Abgrund zu ziehen. Die reaktionären Blätter setzen sich darüber außerordentlich erbot und werfen Poincaré nichts weniger als gemeinen Verrat vor, den er begangen habe, um als Präsidentenwahlkandidat keine Stimme der Linken zu verlieren, auf die er bisher rechnen konnte. Die radikalen Organe sind um so freudiger gestimmt. Seit langer Zeit ist ihnen zum ersten Mal wieder eine Gelegenheit verschafft worden, die ihnen ermöglicht, sich einig und stark zu zeigen. Selbst jene radikalen Blätter, die, wie die „Action“, den Abgang Millerands sehr bedauern, weisen auf den schweren „optischen Fehler“ hin, den Millerand beging, als er glaubte, mit der Wiedererhebung des Obersten Rathes die Glanzbedeutung eine Verwaltungsmaßnahme ohne politische Bedeutung zu treffen. Die prompte Erledigung der Angelegenheit ist um so bemerkenswerter, als das Parlament nicht tagte; Millerand also von den Parlamentarierern gestützt werden konnte, obwohl sich diese nur in den Wandelgängen verammelten durften. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn Millerand sich nicht den Kopf fast an der Republik anknüpfen gelassen hätte, seitdem er das Kriegsministerium verwaltete. Tatsächlich hat Millerand von Anfang an sich den hohen, als gute Republikaner bekannten Offizieren und Generalen nichts weniger als freundlich gezeigt. Er setzte verschiedene Generalstabsoffiziere ab, die politisch zu den Radikalen gehörten, und berief staatsreaktionäre Generale an ihre Stellen. Zu einer Anzahl von radikalen Blättern sowohl, als im sozialistischen Zentralkomitee, der „Humanité“, erschienen regelmäßig Proteste, die von einer Anzahl republikanischer und sozialistischer Offiziere unterzeichnet waren, gegen die Maßnahmen Millerands. Seit der vorübergehenden Epoche ist kein Kriegsminister so auffällig und so systematisch von der gesamten reaktionären und nationalistischen Presse gelobt worden, als der Ex-Sozialist Millerand. Dieses Lob und alle Gründe haben sich nun an ihm gerichtet. Für republikanische Ministerien ist Millerand, der zu den Ministerpräsidentenwahlkandidaten gehörte, vorläufig unmöglich geworden.

Die Engländer in Tibet. Nach einer telegraphischen Nachricht sollen die englischen Truppen die Grenze überschritten haben. Der Dalai-Lama sandte den Engländern einen Unterhändler entgegen, um mit ihnen Verhandlungen anzuknüpfen. Er halte ihnen die Protektion über das Land angedeihen zu lassen, er belondere Zugeständnisse machen will. China wird, so verlautet hier, eine Note an Großbritannien richten mit dem Ersuchen die britische Regierung möchte ihre Absichten spezifizieren. China vertritt die Hoffnung aus, daß beide Regierungen zu einer Einigung kommen möchten und daß dadurch den etwaigen noch vorhandenen Mißverständnissen vorgebeugt werde. Die chinesische Regierung hat den Wunsch, jetzt bestimmt zu wissen, was ein endlich Großbritanniens in Tibet will. Der gleiche Wunsch war bereits in den beiden Noten vom 14. August und vom 23. September v. J. niedergelegt.

Wahl der französischen Parlamentspräsidenten. Gestern fand in den beiden gesetzgebenden Körperschaften die Wahl der Präsidenten statt. In der Kammer ging es in der Sitzung ziemlich lebhaft zu. Nach einer Vorgesprächung wurde der Alterspräsidenten wurde der bisherige Präsident Deschanel mit 345 von 585 Stimmen, die insgesamt abgegeben wurden, gewählt. Im Senate ergibt sich aus 231 von 272 Stimmen.

Zur Befestigung des Panamakanals. Die Regierung der Vereinigten Staaten läßt auf der pazifischen Seite des Panamakanals, auf der Insel Fiamengo, Befestigungen errichten. fünf Meilen weiter, in der Bucht von Panama, befindet sich die größere Insel Laboga, die für Verteidigungszwecke ebenfalls befestigt werden möchte, die aber der Republik Panama gehört. Gegenwärtig werden Verhandlungen zwischen der Union und der Republik Panama zum Zwecke der Erwerbung der Insel durch die Vereinigten Staaten geführt. Auf der atlantischen Seite wird eine doppelte Reihe von Befestigungen errichtet. In Culebra werden 12000 Mann amerikanischer Truppen stationiert. Die militärischen Kreise in den Vereinigten Staaten halten diese Streitmacht nicht für ausreichend und fordern eine solche von mindestens 20000 Mann.

Nationalistische Hysterie in Frankreich. Die Kommission, die sich mit der Frage der Einführung deutscher Waren in Frankreich befaßt hat, hat einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der demnächst der französischen Kammer zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Dieser Gesetzentwurf enthält drei Paragrafen und bestimmt in der Hauptsache, daß kein fremdes Unternehmen sich eine französische Bezeichnung anlegen darf, Ehrennamen darf ein nicht in Frankreich oder in einer französischen Kolonie hergestelltes Gegenstand eine französische Bezeichnung tragen. Alle fremden Gesellschaften, die zurzeit in Frankreich etabliert sind, und die eine französische Bezeichnung angenommen haben, müssen diese innerhalb sechs Monaten ändern. Ähnliche Vorkehrungen hat man bereits schon in England verübt und damit nur das Gegenteil des beabsichtigten Zwecks erreicht.

Ein Erfolg im Kampfe gegen die Kinderhändler. Die Enthüllung der Genossen Vonnest und anderer über die schamlose Ausbeutung und Misshandlung spanischer Kinder in Frankreich haben endlich die Aufmerksamkeit der französischen Behörden geweckt. Nicht Vadrones, jene Sklavenhändler, die die Kinder in Spanien billig aufkaufen, um sie dann selbst schrittweise auszunutzen oder mit großem Profit für die englische Nacharbeit in den Glashütten weiterzugeben, müssen demnächst vor der Pariser Strafkammer als Angeklagte erscheinen. Die „Minderjährigen“ - Klasse, die Glashüttenbetreiber, ohne deren Kundenschaft das ganze Schanogeschäft nicht möglich gewesen wäre, sind natürlich nicht angeklagt. — Die spanische Regierung, die bisher nie etwas Ernstliches gegen dieses wie gegen andere soziale Verbrechen getan hat, bemüht die Sache zu einer Staatsanklage für ihre landespolizeiliche Veranlassung, indem sie mitteilen läßt, daß der Vorkläger in Paris sich der Strafverfolgung als Nebenkläger anschließen werde. Juristisch ist das unmöglich. Aber man hat doch geteilt, wie gut man es mit den geliebten Unterthanen meint — nachdem die Sozialisten die Dinge ans Licht gebracht haben.

1. Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Jena, 18. Januar.

Der Verbandstag trat heute vormittag hier zusammen. Den Saal des Volkshauses füllten 352 Delegierte und 36 Gauleiter. Der Verbandsvorstand ist durch acht Mitglieder vertreten, den Verbandsausschuß vertritt Daehne - Berlin, der „Grundstein“ Wintzig - Hamburg, für die Redatoren ist Marks anwesend. Der Materialvorstand hat Steine - Hamburg, der Steinbauarbeiterverband Seibold - Leipzig und die Bauarbeiterkommissionen Seiner - Berlin delegiert. Die Bruderorganisationen in Desterreich, Ungarn, Italien, Frankreich, Schwyz, Belgien, Holland, Dänemark und Schweden haben Vertreter entsandt.

Der zweite Vorsitzende des Verbandes, Behrendt - Hamburg, eröffnete den Verbandstag mit einem warmen Nachruf für den Kollegen Bömelburg, den die Delegierten stehend anhörten. Während würdige die großen Verdienste Theodor Bömelburgs, des Führers und Freundes der deutschen Bauarbeiter. Sein Werk sei es, daß heute die deutschen Bauarbeiter in einer geeinten Organisation ständen. Während gedachte zugleich des verstorbenen früheren Redakteurs der Bauhilfsarbeiter, Alb. Basse, der wie Bömelburg ein halbes Menschenalter der Arbeiterbewegung sein Bestes gegeben habe. Die Toten könnten am besten dadurch geehrt werden, daß die deutschen Bauarbeiter weiter in dem Sinne wirkten. Der Redner gibt einen kurzen Rückblick über die drei letzten Jahre und heißt die Gäste herzlich willkommen.

Daehne - Hamburg, Silberstraße - Berlin und Behrendt - Hamburg werden als Vorsitzende gewählt. Ihnen stehen 12 Schriftführer zur Seite. Die vorgesehene Tagesordnung wurde bestätigt. Wir haben sie bereits im Vorbericht besprochen.

Nach den Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste erstattete Behrendt - Hamburg den

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Die Berichtung der Maurer und Bauhilfsarbeiter sei besser von Seiten gegangen, als es der größte Optimist je gehofft habe. Ebenso erfreulich sei die Mitgliederbewegung. Der Verband habe am Schlusse des dritten Quartals 1912 eine Mitgliederzahl von rund 348.000 aufweisen können, gegenüber 248.000 im ersten Quartal 1910. Der Zuwachs ist also betrübend. Im Jahre 1910 kam pro Mitglied ein Vermögen von 20,80 Mk., 1911 ein solches von 28,80 Mk. und 1912 ein Vermögen von 35,80 Mk. Der Redner bespricht kurz die Lohnbewegungen in den Jahren 1911/12, von denen wir bereits im Vorbericht ein differenziertes Bild gaben und schloß dann, wie die Berichte versuchen, Zwergvereine des Verbandes als politische Vereine zu erklären. Trotz aller Schikanen schreie der Verband aber immer weiter vorwärts. — Weiter ging dann auf den Bauarbeiterbeschäftigung ein, der noch sehr unzureichend sei. Von 72.492 im Jahre 1910 bei 13 Bauberufsgenossenschaften angemeldeten Unfällen hätten 13.407 mit 1050 tödlich Verlegten entschädigt werden müssen. Diese Zahlen zeigten, wie notwendig ein größerer Schutz von Leben und Gesundheit für die Bauarbeiter wäre. — Am Schlusse seiner Ausführungen wandte sich der Redner scharf gegen Ausführungen im schriftlichen Bericht des Ausschusses. Dort wird gesagt, daß der Vorstand heute — im Gegensatz zu früher — wichtige Fragen allein erledige, ohne sich vorher mit dem Ausschuss zu verständigen; dieser werde vor sehr wichtige Tatsachen gestellt.

Behrendt betonte den Vorkläger gegenüber, der Vorstand habe dem Ausschuss in allen Fragen Liebe und Antwort zu geben, wenn dieser an ihn herantrete. Der Vorstand wolle aber, daß der Ausschuss unabhängig von dem bleibe, was der Vorstand tue. Wenn der Ausschuss zusammen mit dem Vorstand über einzelne Fragen beschloße, dann könne er kein unparteiischer Richter über den Vorstand mehr sein. (Beifall.)

Der Kassenericht gibt Scher - Hamburg. In der Spitze der Ausgaben steht die Krankenunterstützung. Das Vermögen des Verbandes beträgt über 12 Millionen Mark.

Nach dem Bericht der Redatoren, den Marks - Lumburg gab, sind Kasse und Bücher bei Revisionen immer in bester Ordnung gefunden worden. Die Redatoren beantragten, dem Gesamtvorstand Entlastung zu erteilen.

Den Bericht der Redaktion des „Grundsteins“ erstattete Wintzig - Hamburg, der den Unterschied zwischen dem Gewerkschaftsblatt und den Tageszeitungen präzisiert und seine Aufgaben festsetzte. Die Redaktion des Gewerkschaftsorgans stehe bei ihrer Tätigkeit immer vor praktischen Aufgaben, wobei man die Gebote der Taktik berücksichtigen müsse. Das bringe mit sich, daß die Redaktionsarbeit nicht immer den ungetriebenen Beifall der Kollegen findet. Die Redaktion glaube aber, ihre Aufgaben gerecht geworden zu sein. Die Berichte hätten sich des „Grundsteins“ des Vortages angenommen. Neben Erwähnung

von Geldstrafen versuchte man, den „Grundstein“ als politisches Organ zu erklären, und darauf auf den politischen Verein zu schließen. Das könne aber die Redaktion nicht daran hindern, den „Grundstein“ im alibewährten Geiste weiter zu führen. — Wintzig geht hierauf auf die Anträge ein, die sich auf den „Grundstein“ beziehen. Er billigt, einen Antrag der Gaukonferenz Frankfurt a. M. abzulehnen, der die Herausgabe einer sachlichen Zeitschrift wünscht. Der Herausgabe können große Schwierigkeiten entgegen, auch glaubt Redner nicht, daß damit einem großen Bedürfnis entsprochen würde.

Den Bericht des Ausschusses gibt Daehne - Berlin. Der Ausschuss hatte 34 Beschwerden zu erledigen, die im einzelnen betrafen: Mittelschicht und Beitragsfragen: 18 Beschwerden. Unterstützungsfragen: 35 Beschwerden und zwar: 1. Rechtschut; 10 Beschwerden; 2. Reiseunterstützung; keine Beschwerden; 3. Streiks, Ausbreuerungen, Bauarbeiten und damit zusammenhängende Unterstützung; 10 Beschwerden; 4. Kronen- und Silberunterstützung; 10 Beschwerden; 5. Gemischte, und Anwesenheit-Unterstützung; 8 Beschwerden. Ausschluß aus dem Verband und sonstige Strafen: 28 Beschwerden. Allgemeine und gegen die Geschäftsführung im Verband: 20 Beschwerden. — Redner bespricht einzelne Beschwerden und geht dann auf die Differenzen des Ausschusses mit dem Vorstand ein. Die Vorwürfe gegen den Vorstand gehen besonders dahin, daß bei wichtigen Entscheidungen der Ausschuss und die Gauvorstände nicht hinzugezogen werden.

An diese Berichte schloß sich eine lebhafteste Debatte, die heute nicht mehr beendet wurde. Daehne - Berlin wünscht mehr Vertiefung der einzelnen Spezialgruppen, und im besonderen, daß bei den Betonarbeitern und im Tiefbau mehr Agitation betrieben wird. Er bemängelt, daß die Betonarbeiter nicht gleich den anderen Branchen zu einer Berufs-Konferenz eingeladen wurden. — Mehr Bauarbeiterbeschäftigung sei unbedingt nötig, ebenso wie eine Lohnerhöhung. Die gesamte deutsche Bauarbeiterchaft habe das dringendste Interesse, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betongewerbe zu schaffen.

Baube - Kattowitz schildert die schwierigen Verhältnisse in Oberschlesien. Es sei notwendig, daß in Oberschlesien ein Kongress, der deutsch und polnisch wichtig, angesetzt wird. Daehne - Hamburg kritisiert, daß der Vorstand alle Ehrenmitgliedschaften aufgehoben hat, obwohl Bömelburg auf dem Verbandstag in Leipzig erklärt habe, die alten Ehrenmitgliedschaften nicht abzuschaffen. Redner tritt sehr energisch für die Rechte der Ehrenmitglieder ein.

Der Vorstand hat, wie Redner bezeugt, daß der Vorstand Kollegen, die der italienischen Sprache mächtig sind, angeheißt hat. Diese Kollegen sollten aber nicht nur in dem Gau tätig sein, wo sie ihren Sitz haben. Die Agitation unter den italienischen Arbeitern sei dringend nötig. — Mit der Stillnahme des Ausschusses gegen den Vorstand, ist Redner nicht einverstanden. Das Recht, das der Ausschuss fordere, sei heute noch nicht geschrieben. Der Ausschuss hätte dann nicht so, wie getan, vorgehen dürfen. — In seinen weiteren Ausführungen regt Redner an, daß Firmen, die über ganz Deutschland vertreten seien, wie die Firma Holzmann in Frankfurt a. M., bei Bewegungen überall angegriffen werden, da sonst diese Firmen sehr leicht Arbeitswillige von dem einen Orte nach dem anderen abschleppen können.

Legler - Nürnberg kritisiert, daß man den Studateuren das Wahlrecht zum Verbandstag genommen habe.

Paepow - Hamburg (Vorklubsmitglied) wendet sich gegen die Vorwürfe des Verbands-Ausschusses. Er bestreitet, daß es seit dem Ausscheiden Bömelburgs im Verbandsausschuß geworden sei. Paepow bittet, nun endlich über die Klubs, die das Scheitern Bömelburgs gerissen hat, hinwegzusehen. Man solle dem zukünftigen Verbandsvorstand das Arbeiten nicht allzuhoher machen (siehe richtig!) und nicht immer sagen, das ist kein Bömelburg. Die Geschäftsführung sei heute bei 350.000 Mitgliedern eine viel schwierigere als bei dem Verbands mit 180.000 Mitgliedern, mit dem man groß geworden sei. — Von den Vorlagen des Vorstandes an den Verbandstag seien, sobald sie im Vorstand ausgearbeitet waren, dem Ausschuss und den Gauvorständen Mitteilung gemacht worden. Bevor der Vorstand die Vorlage durchberate, hätte er sie doch nicht dem Ausschuss unterbreiten können. Was der Ausschussbericht über Demokratie und Autokratie sagt, sei abwegig. Niemand wolle die Demokratie besser zu schätzen, als er, Redner. Heute sei es noch nicht so weit, daß die Gauvorstandskonferenzen dem Verband sagen könne, bis herher und nicht weiter. Der Verbandstag stehe über dieser Konferenz, diesem unterbreite der Vorstand seine Vorlagen und lasse sich dessen Diktum. Der Ausschuss habe die Amtstätigkeit des Vorstandes zu überwachen. Er habe keine Ursache, mit dem Vorstand unzufrieden zu sein. Redner empfindet es als ein bitteres Unrecht, daß der Ausschuss den Vorstand in seinem Bericht in solcher Weise abgefertigt hat. (Den Ausführungen Paepows folgte der Verbandstag in größter Aufmerksamkeit, sie wurden beifällig aufgenommen.)

Nach kurzen, aber unwesentlichen weiteren Ausführungen zweier Redner wurden die Verhandlungen vertagt. Es sind noch 14 Redner zu diesem Punkte eingezeichnet.

JUNO
2 PF.
QUALITÄTS-CIGARETTE

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Januar.

Von der Ausstellung für Friedhofkunst.

Von der Geschäftsstelle für die Jahreshundertfeier wird uns geschrieben:

Die schon ist die Naturschönheit des weit ausgebreiteten Gartens, auf dem die Stadt Breslau die vierteljährliche Jahreshundertfeier vorbereitete, von ansehnlichen Gärten Meier Stadt dabeim in ihrer Heimat laut gepriesen worden; besonders erfreulich aber mußte es an, daß auch gartenkünstlerische Autoritäten in dieses Schönheitslob einstimmten. Namentlich äußern sie sich begeistert über Parkbereiche, durch die sich die verschiedenen Abteilungen der Gartenbauausstellung hinziehen, und in einer der gelesesten Fachzeitschriften — Möllers Teufels Gärtnerei — wird nachdrücklich betont, daß noch nie einer solchen Ausstellung ein schöneres und zugleich größeres Gebiet zur Verfügung stand. Wohl der herrlichste Teil der vielgerühmten Parkanlagen ist der Sonderausstellung für geschichtliche und moderne Friedhofskunst zugewiesen worden. Er liegt an der von der Berggasse nach dem Finkeweg führenden Kastanienallee, dem sogenannten Dürerbaum, und ein wunderbarer Baumstand verleiht ihm die denkbar beste Umrahmung und einen friedensvoll poetischen Stimmungszusatz. Würdig ist über die Gärten berichtet worden, die dort entstehen; heut mögen einige Mitteilungen über den gärtnerischen Ausschmuck folgen.

Der Gartenkünstler wird im Verein mit dem Architekten eine Anlage schaffen. Was nicht nur die Fachleute, sondern auch sehr und hauptsächlich auch allen anderen Gärten die notwendigen Einrichtungen auf dem Felde der Friedhofskunst vorgeführt werden können. Diese Kunst erfährt ja bekanntlich in unseren Tagen einen gründlichen, bezüglich zu begrüßenden Wandel. Jahrelang wußte man nicht recht, wo hinaus die neuen Gedanken streben, und wie sie sich verkörpern und gestalten wollten; erst allmählich hätten sie sich und führen zu gereiften Anschauungen. Die Lehren, daß zwar im sonnenigen Süden der Architektur auf den Friedhöfen ein breiter Raum gewährt werden könne, daß jedoch im gemäßigten Deutschland in den Friedhofsgärten ein reicher Pflanzenschmuck gehöre. Aus dieser Erkenntnis heraus entstanden die Waldfriedhöfe, die wir allerorten finden, und entstanden auch Friedhöfe mit parkartiger Wepräge.

Die Ausstellung in Breslau will allen diesen schönheitsvollen Neuerungen gerecht werden; sie will keine Ausschmückung eines Waldfriedhofs zeigen, will dartun, wie Familien- und Erbvererbungsstätten durch schöne Bänke, Treppen und anheimelnde Gestalten werden können, will aber auch der gärtnerischen Ausschmückung des Reihenfeldes ganz ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Die hier noch üblichen durchaus unästhetisch wirkenden hohen Grabhügel sollen ersetzt werden durch besterartige Grabanlagen, und vorgelesen ist die einheitliche Bepflanzung ganzer Abteilungen, wobei den Staudenblütern die erforderliche Beachtung geschenkt werden wird. Wichtig angewandte Stauden fördern wesentlich den Wert der Friedhofsanlage. Ueberhaupt sollen alle Möglichkeiten der gärtnerischen Ausschmückung zur Geltung kommen, damit die erstrebte vorbildliche Wirkung erreicht werde.

Hand in Hand mit der gärtnerischen Ausgestaltung des Friedhofes und der einzelnen Grabstelle wird die durch den Denkmalschutz beabsichtigte Ausschmückung gehen. Nach dem Grundsatze, daß nur das Beste auf genug sei, als Mutterbeispiel zu dienen, hat ein besonderer Begutachtungsausschuß die zur Ausstellung eingeführten Grabdenkmäler geprüft. Die künstlerische Lage der Ausstellung muß hoch sein, und so konnten nur wirklich künstlerische Schöpfungen vor den Augen des Ausschusses bestehen. Die schließlichen Anordnungen bringen der bahnbrechenden Veranstaltung ein reges Verständnis entgegen, und alle Zeichen deuten darauf hin, daß auch das große Publikum dem schönen Werke mit Spannung entgegensteht. Ueber den zu dieser Ausstellungsgemeinschaft gehörenden Dorffriedhof und über die geschichtliche Abteilung ist früher schon ausführlich berichtet worden.

Auch in den Gärten der Gartenbauausstellung wird eifrig gearbeitet. Der Minnesängergarten, der Garten aus der Zeit Karls des Großen wie der Garten Alt-Breslaus sind in der Einleitung und ihren Bauarbeiten nahezu fertig. Ueber dem Parkabgang des Minnesänger Gartens steigen die Zinnen einer Burg empor, eine weiche Rasenbank ladet zum Niederlegen und Verweilen der Sänger ein, ein alter Brunnen, der in Breslau eubet worden ist, wird den Garten jener Zeit, der getreu nach alten Abbildungen angelegt wird, schmücken. Eine vermittelte Burgmauer aus Feldsteinen schließt den Garten

ten aus der Zeit Karls des Großen ein, inmitten steht ein Föhrenbaum und um ihn herum werden Blumen und Pflanzen gepflanzt, die man in den heutigen Gärten nicht mehr sieht; alles wieder nach alten Bildern und Beschreibungen. Ebenso wird der Garten Alt-Breslau angelegt nach dem berühmten Garten, der sich im Mittelalter zwischen Taschenstraße und Weidenstraße hinzog und eine Lebenswahrheit war.

In dem japanischen Garten ist bereits viel von der Geschicklichkeit des japanischen Gärtners zu sehen, der eigens für die Anlage dieses Gartens aus Japan geholt worden ist. Er arbeitet nämlich „nach der Natur“; mit Gestein, Erde und Wasser weiß er Steine und Baumstämme so zu legen, daß man tatsächlich glaubt, alles sei natürlich. Er bedauert nur, daß ihm bemauerte Steine fehlen; dem wird aber leicht abgeholfen, da die Fortsetzung in Japan solche Steine zur Verfügung gestellt hat. Der Japaner hat unter anderem eine Felsenkammer, über die sich ein Wasserfall ergießen wird, und einen Waldbach, der das Wasser nach dem japanischen Teich leitet, sehr natürlich geschaffen; sogar echte Waldplätze fehlen nicht an dem Rande des Gartens, der von Fischen belebt werden wird. Mit der Umwandlung des Gärtners in einen japanischen Teich ist begonnen worden; zunächst steht man zwar nur die Umfassungswände des warmen Bassins, in denen die typische fremdländische und in den Farben glühende Flora erstehen soll. Auch die ganze Umgebung des Teiches wird japanisch, selbst die Föhrenbäume und sogar die Chauffee, die vom Schwabacher Steinhäuschen bis zur Parkstraße mit in den Festplatz eingezogen werden wird.

Einen fertigen Eindruck machen die Obstgärten, die sich an den japanischen Garten anschließen; die seltensten und aussergewöhnlichen Früchte werden hier von schließlichen und außerordentlichen Bäumen feilgehalten werden. Fertig ist auch das Amphitheater bis auf die Bühne; das Theater hat sich in den wie eigens dafür geschaffenen Platz, der von hohen Bäumen umrahmt wird, trefflich ein. Unter Dach sind die Gebäude der Kolonialausstellung, wo man unter Palmen die Produkte unserer Kolonien verkosten und ihre Flora begutachten können wird. Im Gärtnereibereich, der landschaftlich umgeben wird, sieht man die Vorbereitungen für die Tulpenausstellung; die Tulpenfelder, die im Herbst von der Dahnenausstellung abgelöst werden, sind nun schon gegen die Kälte mit Laub eingedeckt worden. Auf den Rosenfeldern, die sich nach der Schwabacher Chauffee zu befinden, ist ein erhöhtes unmaueretes Aussichtsrundel angelegt worden.

Ein Mäliereifreit.

Drei Anlieger des Platzes um die Breslauer Magdalenenkirche beanpruchten gelegentlich einer Vermessung, das Eigentumsrecht an einem sich längs ihrer Häuser hinziehenden Streifen Landes. Später machten sie geltend, daß ihnen alle Rechtsansprüche der Anlieger an einer öffentlichen Straße zuständen. Die Kirchengemeinde sträubte sich dagegen und strengte eine Klage auf Feststellung ihrer Rechte an, die jetzt von der dritten Instanz des Breslauer Landgerichts entschieden wurde. In einer früheren Verhandlung hatten sich die verfahrenen Anlieger auf eine Kammergerichtsentscheidung vom Jahre 1902, wonach dem einen Anlieger die Reinigungsspflicht einer öffentlichen Straße auferlegt worden war. Demgegenüber führte der Vertreter der Kirchengemeinde aus, die Verhandlungen zwischen dem Magistrat und der Kirchengemeinde über die Unterhaltung und Reinigung der dort vorbeiführenden Straße sprächen deutlich für den privaten Charakter des Streifenlandes, der nur in beschränktem Umfang dem öffentlichen Verkehr zugänglich gemacht worden ist. Die Verklagten bestritten das. Das Gericht kam zur Abweisung der Klage, indem es entschied, die fragende Gemeinde habe damals kein rechtliches Interesse, das freitragende Rechtsverhältnis durch richterliche Entscheidung feststellen zu lassen.

Unter Abend der Frau Walkotte.

Am Montag, den 27. Januar, kehrt Frau Walkotte wieder einmal in Breslau ein, die mit ihren Liedern und Vorträgen schon oft das Entzücken der Arbeiterschaft erregt hat. Sie wird einen aus Rezitationen, Lieder- und Klavierkonzerten bestehenden „Unter Abend“ veranstalten, zu dem der Bildungsausschuß durch Inserat in die Wilhelmsburg, Neudorfstraße 54, einladet. Die Programme sind in der „Volksmacht“ und im Parteisekretariat zu entnehmen, sie kosten nur 19 Pfg.

Mutterschafts-Versicherung.

Die hohe Säuglingssterblichkeit und die Totgeburten haben eine ihrer Hauptursachen in dem Mangel des Schutzes, dessen die Mütter und Säuglinge nach Lage der Verhältnisse unbedingt bedürfen und den ihnen die Gesetzgebung nicht gewährt. Nicht genug, daß die durch die Not erzwungene Erwerbsarbeit der Schwangeren bis unmittelbar vor der Geburt dem Kinde oft schwere Schädigungen zufügt, es führen die unzureichende Wochenpflege und die verfrühte Wiederaufnahme der Arbeit nach der Geburt zu vielfachen Gesundheitschädigungen auch der Mütter. Dann leidet die Pflege des Kindes durch die der Mutter kurz nach der Geburt wiederum aufgezogene Erwerbsarbeit; die dadurch folgende Herabsetzung der Stillfähigkeit und der Stillmöglichkeit führt zu einer häufigeren künstlichen Ernährung des Kindes, die nachgewiesenermaßen dessen Widerstandsfähigkeit gegen die Unbilden des Lebens erheblich vermindert.

Diese Uebelstände zu bekämpfen ist in erster Reihe eine umfassende Mutterschaftsversicherung angeordnet. Nicht allein Schutz der Schwachen, sondern Schutz vor Schwächung unserer Volkskraft muß hierbei Ziel des Strebens sein.

Die Eingabe tritt deshalb besonders für die folgenden Abänderungen der Reichsversicherungsordnung ein:

- 1. Erhöhung des Wochengelbes auf den Betrag des vollen Lohnes;
2. freie Hebammendienste, freie ärztliche Behandlung bei der Geburt und bei Schwangerschaftsbeschwerden. Stillgelde in Höhe des halben Wochengelbes und Schwangerengelder als Regelleistungen der Kassen;
3. Gewährung der vollen Wochenhilfe an die weiblichen Mitglieder aller Kassenarten;
4. Gewährung freier Hebammendienste, freier ärztlicher Behandlung bei der Geburt und bei Schwangerschaftsbeschwerden, sowie Stillgelde in Höhe des halben ortsüblichen Tagelohnes für weibliche Personen an die Versicherungskassen Ehefrauen der männlichen Kassenmitglieder.

Diese höheren Leistungen erfordern sicherlich höhere Beiträge der Versicherten; aber auch das Reich müßte Zuschüsse leisten. Der Mutterschutz ist eine Sache des ganzen Volkes. Darum müssen die Mittel dazu beschafft werden. Es gilt schweren Mißständen abzuwehren und größeres Unheil zu verhüten.

* Der Raschke'sche Rettungszug hat nunmehr auch an der Elbembüding bei Hamburg eine Probe vor Fachleuten der Hochseefahrt abgelegt. Das „Hamburger Echo“ berichtet über die Vorführung:

Am Freitag Nachmittag wurde auf der freien Elbe, in der Einfahrt zum Köhlsand, im Beisein einiger Vertreter der Seefahrtsgesellschaft, mehrerer Inspektoren verschiedener Reedereien, sowie der Hafenpolizei und in ihrer Inspektionsbaracke Vertreter der Presse, ein von Herrn Raschke-Breslau neu erfindener und selbstkonstruierter Rettungszug vorgeführt. Der Erfinder sowie etwa ein Dutzend Mann in dem Anzug ins Wasser und blieben etwa eine halbe Stunde dem dort herrschenden Wellengang ausgesetzt. Mit kleinen Holzpaddeln konnten sie sich vorwärts bewegen. Der Anzug besteht aus Gummi, an dem sich in der Mitte ein Korkring befindet, der um den Leib reicht. Hände und Gesicht sind durch festere Gummiringe abgeschlossen, jedoch kein Wasser in das Innere des Anzuges hineindringen kann. Hierdurch bleibt der Körper des im Wasser Liegenden nicht nur trocken, sondern auch warm, jedoch selbst in dem eiskalten Wasser der Mensch eine normale Temperatur behält. Es ist in den Rettungszug ziemlich leicht hineinzukommen, so daß man bei Schiffskatastrophen einfallen geborgen ist, bis Rettung naht. Empfehlenswert ist dieser Rettungszug für Segler bei Segelregatten, da hier sehr oft Rennerungen der Segelboote vorkommen. Auch wäre es praktisch, die Mannschaften der ver-

Aus aller Welt.

Sternidel.

Es bestätigt sich die Vermutung, daß Sternidel mit dem wiederholt genannten Seuhändler Winkler identisch ist, der im September 1911 die Witwe Krause in Petersbrunn und den Köstler Knüttig in Bomben ermordete und auf dessen Ergreifung 2000 Mark Belohnung ausgesetzt wurden. Er hat dies bei seiner letzten Vernehmung zugegeben.

Die weiteren Vernehmungen der anderen vier Verdächtigten haben im wesentlichen nicht viel Neues gebracht. Alle vier sind bei ihren Behauptungen geblieben und beschuldigen sich gegenseitig der Hauptbeteiligung an der Tat. Sternidel ist vollkommen ruhig geblieben. Er zeigt keine Spur von Reue. Die drei jungen Berliner haben viel von ihrer Zurechnungslosigkeit verloren. Während sie noch auf dem Transport nach Frankfurt zur Mundharmonika lästigten, Nieder gesungen hatten, sind sie jetzt stumm und schweigsam geworden, und man hofft, daß sie schließlich doch noch ein einwandfreies Geständnis ablegen werden. Ueber der Persönlichkeit Sternidels liegt übrigens noch ein gewisses Dunkel. In allen Strafakten, die über ihn bestehen, wird er unter dem Namen Franz geführt. Dahinter steht in Klammern Stenzel alias Sternidel. Woher das kommt, ist noch nicht recht klar. Im August richtete Sternidel aus dem Gefängnis in Brigg an die Staatsanwaltschaft in Meise einen Brief, den er mit „Mag August Heinrich Franz alias Sternidel“ unterzeichnete. Er wurde deshalb vernommen und gab zu Protokoll, daß er der uneheliche Sohn seiner Mutter Franz sei, die im Jahre 1889 starb. Diese hatte einen Vater Sternidel geheiratet, von dem er aber nicht wisse, ob er ihn adoptiert habe oder nicht. Wie die Behörden dazu kämen, ihn Stenzel zu nennen, wisse er nicht. Man nimmt an, daß dies der Name eines Verbrechens ist, mit dem Sternidel interniert war, und dessen Patere er sich zu verschaffen wußte.

Die Kriminalpolizei stellt eifrig Nachforschungen nach etwa vergrabenen Geldern an, da man annahm, daß Sternidel größere Geldsummen, die er früher erbaute, versteckt hat, zumal er garnicht in der Lage war, Geld auszugeben. Auch nach dem Verbleib des Hypothekendarlehenes über 8000 Mark, den Sternidel erst vor wenigen Wochen zeigte, wird geforscht. Bei der Durchsicherung fand man auf einem Dünghaufen das bewußte rote Taschentuch vor, mit dem nach den Aussagen Sternidels Raub durch den Berliner Kommissar Schlemmer geschhebt worden war. Damit ist ein überaus wichtiges

Wichtiges Beweismoment für die Mitwirkung der Spießgesellen an dem Mordbegeben.

Die älteste Tochter jagte im Verlaufe ihres Verhörs wiederholt aus, daß einer der jungen Leute mit einem Revolver zu ihr getreten sei, ihn in ihrer Gegenwart geladen habe und ihr gedroht habe, sie zu erschließen, falls sie sich rühre. Sternidel zeigt wieder seine frühere unheimliche Ruhe und Roheit. Für seine Roheit sei nur eins angeführt: Wenn von der Wegschaffung der Leichen der Ermordeten die Rede ist, so spricht er nicht von Leichen, sondern von Fleisch.

Nach sieben Jahren entdeckter Mörder.

Vor sieben Jahren ist in der Nähe von Weillendorf, einem Dorfe zwischen Braunschweig und Fallersleben, eine Mordtat begangen worden, die am Sonntag durch einen Zufall aufgedeckt worden. Den Braunschweiger Neuesten Nachrichten geht von ihrem nach dort entsandten Berichterstatter nachstehende ausführliche Meldung zu: Am 3. Oktober 1905 fuhr der Dienstknecht Otto Dirich, der bei dem Gastwirt Otto Jürrens in Weillendorf in Stellung war, mit vier anderen Knechten nach Fallersleben, um in der dortigen Zuckerrüben abzuladen. Dirich hatte an diesem Tage Geburtstag und gab für seine Knechte mehrere Lagen Bier und Schnaps aus. Auf der Rückfahrt kam es mehrfach zum Wortwechsel. In der Nähe des Dorfes Mörike zog der Knecht des ersten Wagens, Otto Holland, den Knecht Otto Dirich nach kurzem Wortwechsel vom Wagen und verpackte ihm einen Messerflügel in die rechte Schläfe, wodurch sofort der Tod eintrat. Die übrigen Knechte hatten zwar den Lärm gehört und hatten auch gesehen, daß Dirich gestochen worden war, jedoch gaben sie sich das Versprechen, über die Tat zu schweigen. Sieben Jahre hatte unter den Beteiligten das Geheimnis des Mordes geruht. Sie hatten seiner Zeit dem Gemeindevorsteher in Weillendorf erklärt, daß der Knecht Otto Dirich vom Wagen gestürzt und verunmüht überfahren worden sei. Die Leiche wurde damals nach Weillendorf gebracht und ohne weitere Untersuchung zur Beerdigung freigegeben. Durch Zufall erfuhr der Gemeindevorsteher durch Gerüchte, daß Holzhauser gedauert hätte, daß der Knecht Otto Dirich damals den Tod nicht auf natürliche Weise gefunden habe, sondern von einem anderen Knecht erschossen worden sei. Nachdem sich der Gemeindevorsteher Schmidt mit der Gendarmerie verständigt hatte, wurde die Leiche aus dem Friedhof nach Weillendorf verbracht. Der Dienstknecht Dirich aus Ramme bei Braunschweig hat zugegeben, daß der Knecht Holland den Knecht Dirich in der beschriebenen Weise erschossen habe und wurde nach Hildesheim überführt. Die Staatsanwaltschaft in Hannover hat die notwendigen Schritte zur Verhaftung des Täters eingeleitet.

Ein Schutzmann unter dem Verdacht des Gattenmordes.

Unter dem Verdacht, seine Frau ermordet zu haben wurde in Hannover ein Schutzmann am Montag Abend der Polizeiangeant Romahn nach längerem Verhör verhaftet. Am Mittwoch Nachmittag fand ein Promotorunteroffizier im Winterhafen der Meise die Leiche der Frau Romahn. Die Frau sollte sich am Abend vorher, wie man zunächst annahm, und wie ihr Mann erklärt hatte, freiwillig in Geesmar ihres Mannes in den Hafen gestürzt haben, um sich das Leben zu nehmen. Nachdem aber die Umstände bekannt geworden waren, unter denen der Selbstmord geschehen sein sollte, lehnte sich hier allgemein die Meinung fest, daß die Frau nicht freiwillig in den Tod gegangen, sondern daß sie von ihrem Mann ins Wasser gestochen worden sei. Romahn selbst erzählte, seine Frau, die sehr nervös gewesen sei, habe ihn an jenem Abend gebeten, mit ihr noch einen Spaziergang zu machen. Da die Gegend des Hafens zu seinem Revier gehörte, habe er den Weg dahin genommen; kurz vorher, etwa fünfzehn Minuten vom Hafen entfernt, habe sich seine Frau von seinem Arm losgerissen und sich ins Wasser gestürzt. Er habe ihren Hilferuf gehört und auch ihre Hände aus dem Wasser hervorzuziehen gesehen, als er ihr an das feste Ufer nachgeholt sei. Er habe sie aber nicht mehr retten können. In dieser Darstellung fiel es sofort auf, daß Romahn zu so später Stunde auf so einsamen Ort am Wasser gelegenen schmalen Wege und bei völliger Dunkelheit seine Frau wachieren geführt haben sollte, und weiter, daß er so gut wie gar nichts zu ihrer Rettung getan hatte. Er führt dies darauf zurück, daß er den Kopf verloren habe. Es wurde schließlich bekannt, daß die Frau nicht besonders nervös war, daß dagegen ihr Eheleben sehr zertrümmert war, weil sie Grund zur Eifersucht zu haben glaubte. Diese Ermittlungen ließen es der Gerichtsbehörde geboten erscheinen, die Angelegenheit zu untersuchen, und nach dem gestern stattgefundenen Verhör wurde der Polizeiangeant verhaftet.

Ein breites Gaunerstückchen.

Aus dem Londoner Millionärsviertel, dem Park Place, wird der „Deutsch. Tagbl.“ ein ungewöhnlich breites Gaunerstückchen gemeldet. In der Wohnung eines sehr reichen Mannes, eines Herrn Gordon Woodhouse, wurde in dessen Abwesenheit von zwei Spitzhunden geöffnet. Die beiden waren hochlegant gekleidet und bald, nachdem sie sich in der Wohnung herumgesehen hatten, riefen sie mehrere Antiquitätenhändler an, denen sie Sachen verkaufen wollten. Die Händler erschienen auch bald, und nun veräußerten ihnen die beiden Gauner die wertvollsten Kunstgegenstände der Wohnung, darunter kostbare sinesische Vasen und dergleichen. Den Kaufbetrag bezahlten sie den Spitzhunden in einem Schein. Die beiden Gauner begleiteten die ahnungslosen Händler noch bis zur Straße, worauf sie halb die Wohnung verließen und

Parteienossen auf dem Lande!

Vom 15. bis 30. Januar liegen in allen Landgemeinden die Gemeindevorwählerlisten aus, damit sich jedes Gemeindeglied überzeugen kann, ob es auch in der Liste eingetragen ist. Es kommt nämlich oft genug vor, daß gerade Wähler und Handwerker in der Wählerliste fehlen. Dagegen muß in allen Fällen sofort Einspruch erhoben werden bei der Gemeindevorwählerkommission; denn wer auch am Tage der Wahl nicht in der Liste steht, darf nicht wählen, sein Wahlrecht ist verloren und damit seinen Einfluß in der Gemeinde.

Also aufgepaßt, Arbeiter und Genossen, keiner darf laßig sein und muß darauf halten, daß er auch gewählt werden kann. Formulare usw. zum Einsehen der Wählerlisten liefert die Parteisekretariat in Breslau 3, Neue Gruppenstraße 5, Telefon 4005; dort werden auch Ansuchen für die Gemeindevorwählerlisten erstellt und Beschwerden über Unregelmäßigkeiten beim Auslegen der Wählerlisten angenommen.

Schweidnitz, 15. Januar. Der Raub im Schloßfieraal. Der ränkerische Heberfall, der sich in der Nacht vom 19. zum 20. November 1911 unweit des Gieseler'schen Hofes in Schenkendorf abspielte, fand am Montag vor dem hiesigen Schwurgericht seine gerichtliche Sühne. Aus der Strafkammer vorgeführt wurde der etwa 20 Jahre alte kroatische Steinarbeiter Peter Berkovic, der gewöhnlich in Ostpreußen wegen desselben Delikts eine dreijährige Zuchthausstrafe absitzen mußte, um sich wegen Raubes an Geld zu wehren. Wie die Vernehmung ergab, besand sich der Angeklagte in Begleitung eines Landwärters im Gieseler'schen Hofe in Schenkendorf, als gegen 11 Uhr der kroatische Steinarbeiter Tommetz die Gaststube betrat und für sich ein Glas Bier bestellte. Er hatte von seiner Schwester in Wien 70 Kronen geschickt bekommen, damit er nach Wien reisen konnte. Von diesem Geld hatte er noch etwa 15 Mark, was der Angeklagte bemerkte. Als Tommetz die Gaststube verlassen hatte, schloß er ihm die beiden Türen und während der Verweilzeit der Angeklagten etwas zurückließ, ging der Angeklagte zum Kammermetz nach in der Abicht, ihm das Geld abzunehmen. Mit einer Schiebermesser bewaffnet, drang er auf den Kammermetz ein, um ihm das Geld vor die Brust zu halten, forderte er dessen Geld. Um sich seines Angreifers zu erwehren, gab er dem Kämmerer fünf Pfennige; doch hierin genügt es nicht, da der Angeklagte mit Gewalt und ohne viel Umschweife zu machen, raubte er dem Heberfallenen unter furchterlichen Drohungen die übrigen 55 Mark aus den Taschen. Von dem geraubten Geld bezahlte der Angeklagte seinem Zechenossen, der in der Wirt'schen Bar berechnend den Zechenschuß spielt, eine alte Schuld und in der darauffolgenden Nacht schon verließ er den Ort seiner ruchlosen Tat, nachdem er sich vorher in Schweidnitz einen Zyga gekauft, und am 20. Januar in Gausdorf eine Landmühle besucht hatte. Ziellos wanderte der Bursche weiter, bis er schließlich in Sachsen verhaftet werden konnte. Unter Verhaftung widerstandslos wurde der Angeklagte zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren verurteilt.

Brieg, 14. Januar. Die Übungsstunde im Pferdestalle. Das Trommler- und Pfeiferkorps eines hiesigen Militärvorganges ist am Sonntag in der Knechtbahn in einem Gasthof über der Ober. Da die am Sonntagabend gehaltenen Übungen die patriotischen Knüttelmannschaften im Pferdestalle ihre patriotischen Weisen ertönen lassen. Alles aus Liebe für das teure Vaterland!

Brieg, 15. Januar. Hochfeuer. Montagabend nach 8 Uhr wurde unsere Feuerwehr alarmiert. In der Lindenstraße brannte ein dem Destillateur Schmidt gehöriges Haus, das vom Tischlermeister David als Remise und Lagerraum benutzt wird. Auf dem Boden sind Säge und andere leicht brennbare Sachen in Brand geraten. Das Feuer griff schnell um sich, so daß das Dachgebälk bald über und über in Flammen stand. Nach ausgiebiger Arbeit konnte das Feuer auf seinen Herd lokalisiert werden.

Brieg, 15. Januar. Zunaudeutschland in Gefahr. Mit klingendem Spiel, ein würdiger Hauptmann stößt zu Pferde voran, als hätte er die Welt einzureißen, zog am Sonntag das hiesige Pfadfinderkorps, die Jugendmehr usw. auf die Wälder. Doch in Abrahamsgarten ereignete sich ein Unglück. In der zwar erkrankter Weise keine schweren Opfer erlitten, aber trotzdem nicht die Möglichkeit ausschließt, daß an dieser Stelle bald ein Denkmal mit entsprechender Inschrift errichtet wird. In Abrahamsgarten befinden sich immer viel Wasserlöcher, vor denen wir erst vor kurzem in der Volkswacht warteten. Aber „Jugenddeutschland“ ließ keine Volkswacht. Daher kam es vor, daß das Pferd des richtigen Hauptmanns ein helles Wasserloch, das durch den Schnee und die Kältepflanzen vom gewöhnlichen beschuitenen Graben schwer zu unterscheiden ist, betrat. Am Anfang war starkes Trabarets, bis in der Mitte brach Hof und Reiter, sowie ein Teil von Zunaudeutschland ein. Nur mit der größten Anstrengung konnten sich die jungen „Krieger“ selbst retten. Aber ihre Uniformen waren naß und müde beschmutzt. Dem armen Gaul dagegen waren schwere Quaken beschieden. Erst nach zwei Stunden, und nachdem Militär und Arbeiter herbeigeeilt waren, konnte er aus seiner gefährlichen Lage „befreit“ werden. Ertrunken, beschmutzt und ganz niedergeschlagen, kehrten die „Krieger“ heim. Die bürgerliche Presse schweigt sich natürlich darüber aus. Doch wir

Ueberschwemmungen des Ohio. Durch Hochwasser des Ohio, das immer noch steigt, sind 3000 Menschen obdachlos. Die öffentlichen Gebäude wurden zur Aufnahme der Betroffenen hergerichtet. In Evansville, im Staate Indiana, stehen 100 Quadratkilometer fruchtbares Land im Rate des Ohio bis zu einer Höhe von 23 Fuß unter Wasser. Der Schaden an Grundeigentum und am Viehstand ist sehr bedeutend. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezagen. Die Bevölkerung leidet Not.

Brennende Petroleumkessel. In den Naphthawerken einer Firma in Groszpi (Krautasten) gerieten zwei Behälter in Brand. Das Feuer ging auf drei weitere Behälter über und die Naphthawerkstätten eines anderen Firma über. Der Brand hat einen bedrohlichen Umfang angenommen.

Die hoch liegende Registrierballon? Der Registrierballon, der, wie auch wir kürzlich meldden, am 7. Dezember vorigen Jahres von dem Aerologischen Observatorium in Pavia abgestiegen wurde, hat bekanntlich die höchste bisher erreichte Höhe, nämlich 27.700 Meter erreicht. Die Minimaltemperatur, die bei diesem Aufstieg registriert wurde, betrug — 59 Grad bei einer Höhe von 19.700 Metern. Bei der größten erreichten Höhe registrierte der Ballon eine Temperatur von 51,8 Grad und einen Aufwind von 3 Millimeter. Der Ballon bestand aus Kautschuk, hatte einen Durchmesser von 1900 Millimeter und einen seidenen Fallschirm.

* **Verloren** wurden ein goldenes Kettenarmband, ein Gest in blauem Einband, ein goldenes Kollier mit Brillanten und Perlen in Platinfassung, eine goldene Damenuhre mit langer Kette, eine goldene Damenuhr mit goldener Kette auf dem Deckel mit dem Monogramm G. R. und mehrere Portemonnaies mit Inhalt.

* **Geunden** wurden ein goldener Trauring, eine schwarze Samittasche mit Inhalt, ein grauer Koffer, ein Fahrrad, eine Vorstecknadel mit Perle und ein goldenes Medaillon. Zu erfragen im Polizeipräsidium.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt. Auch eine Nötigung.

Der Maurer Josef Erbe aus Zoschdnau traf am 23. April 1912 auf einem Feldwege zwischen Baumgarten und Nachwitz mit dem Maurer Gustav Kipke zusammen, der beim Unternehmer Mülberger in Domslau arbeitete, dessen Bauten für organisierte Arbeiter gesperrt waren. Kipke wollte auf seinem Wege zur Arbeitstätte fahren. Als er den Angeklagten Erbe, den er schon seit Jahren gut kannte, auf dem Wege stehen sah, fing er selbst vom Wege ab. Erbe ersuchte ihn in angemessener Distanz, bel Mülberger nicht mehr weiterzuarbeiten. Das war alles, was sich auf dem Feldwege zugetragen hatte. Das Schöffengericht sah in dem Verhalten des Angeklagten ein Vergehen wider § 153 der Reichsgewerbeordnung und erkannte auf eine 30 Tage Gefängnis. Der Angeklagte weigerte sich, seine Strafanwalt Wandmann vor der ersten Strafkammer darauf hin, wie milde der Fall liegt, weil der Angeklagte auch nicht ein einziges bedrohliches Wort über seine Lippen gebracht hat. Selbst Kipke bestanderte, Erbe hat sich sehr ruhig benommen. Das hiesige Obergericht als Revisionsinstanz erkannte, daß in dem Verhalten des Tages kein Tatbestandsmerkmal des § 153 N. G. O. zu erblicken ist und verwies die Sache zur nachmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht. Am Dienstag stand Erbe zum zweiten Mal in der Angeklagten vor der ersten Strafkammer, die ihren bisherigen Standpunkt infolgedessen änderte, als sie im Tun des Angeklagten den Tatbestand der vollendeten Nötigung (§ 240 N. St. O.) sah, und das erste Urteil aufhob. Erbe wurde zu dreißig Mark Geldstrafe verurteilt.

Waltich. Distriktsversammlung. Am vorigen Sonntag war im Lokal des Herrn Kästner die allmonatliche Militärerversammlung des Landdistrikts 23. Nach Eröffnung der Versammlung verlas der Vorsitzende einen Neujahrswunsch vom Genossen Srowia, den dieser zum Abschied von der „Außenwelt“ geschrieben hatte. Dann gab Genosse Walter aus Pöpelwisch den Bericht vom preußischen Parteitag. In der nachfolgenden Aussprache wurde besonders auf die diesjährigen Landtagswahlen hingewiesen und zu einer eifrigen Kandidatur aufgefordert. Der zweite Punkt waren Abrechnungen, welche äußerst zufriedenstellend ausfielen. Dem Genossen Sprigade, welcher die Distriktskassengeschäfte führt, wurde Entlastung erteilt. Des weitern mußte eine Ergänzung des Distriktsführers stattfinden, da der bisherige, der Genosse Sprigade, seinem alten Beruf in der Schiffahrt wieder nachgeht. Gewählt wurde einstimmig der Genosse Arthur Hillmann aus Waltich. Nach Erledigung etlicher kleinerer Angelegenheiten schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Gräbchen. Distriktsversammlung. Am 13. Januar fand bei Knoll eine außerordentliche Distriktsversammlung für sämtliche Bezirke des Distrikts 10 statt. Beschlüssen waren nur Gräbchen und Opperau, die anderen Punkte schlichen sich dem Beschluß an. Genosse Schünfeld hielt den Vortrag über die Arbeiterinnen- und Krankenunterstützung. Hierzu fand eine lebhafte Aussprache statt, bei der Abstimmung wurde die Arbeiterinnenunterstützung mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt, dagegen die Krankenunterstützung mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Der Vorstand arbeitet ein Statut aus und sendet es an alle Mitglieder zur Verehrung. Der Beitrag ist monatlich 5 Pf., dafür erhalten sämtliche Mitglieder bei vorübergehender Krankheitsdauer eine Unterstützung, welche im Statut vorgesehen ist. Unter Verzichtenes wurde eine Delegationskommission gewählt, bestehend aus den Genossen Valentin, Wolf, Baum, Reiser, welche sich für Vorbereitung des Konsumvereins bemühen soll.

Ottajahn. Die Genossen von Ottajahn und Umgegend werden auf die am Mittwoch, den 15. Januar, bei Züschke stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht.

Vereine und Versammlungen.

* **Eine wichtige Vertreter-Versammlung** des sozialdemokratischen Vereines Breslau tagt Donnerstagabend im Goldenen Zepher auf der Klosterstraße. Die Delegierten berichten über die Verhandlungen des preußischen Parteitages. Als Ausweis dient die Vertreterliste oder das Mitgliedsbuch.

* **Der Konsum- und Sparverein „Vortwärts“** hält Donnerstagabend in den Unionsalen, Neuhofstraße 51, eine funktionäre Versammlung ab.

* **Ueber die Religion des Monismus** spricht Prediger Dr. Maurenbrecher Donnerstagabend im großen Saale der neuen Börse.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

* **Hierzu Band: Juhiläums-Spiel.** Heute Donnerstagabend und morgen Freitag gelangt Dr. Eggers historisches Schauspiel: „Schlehnens Söhne“ in der Premierenaufführung zur Aufführung. Billets sind zu haben an der Kasse des Zirkus, Verlehrs Bureau Barock und in der Zigarrenhandlung Erich Wolf, Lauenzienplatz.

Nette Vorgefälle. Verfehlungen dreier Kameradunteroffiziere vom 3. Bataillon des Infanterieregiments Nr. 141 sind in Straßburg in Besprechungen entbedt worden. Zwei von den Unteroffizieren sind verhaftet worden, während der dritte, der Unteroffizier Kreuzhoff von der 11. Kompanie, spurlos verschwunden ist. Man vermutet, daß er nach Rußland desertiert ist. Die drei Unteroffiziere sollen sich bei der Verwaltung der ihnen anvertrauten Bekleidungskammern lassen.

Die verschwundenen Strafalten. Der Diebstahl von Strafalten beim Amtsrath Dortmund, über den wir hier berichteten, hat jetzt keine Ausflistung gefunden. Der Butterhändler Bonneloh in Dortmund, der unter dem Verdacht der Beteiligung an seiner Strafalten verhaftet wurde, hat jetzt vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt. Auch der in der gleichen Sache verhaftete Amtsgerichtsbote Ehrstrom soll seine Bestehen bei dem Amtsdiebstahl eingeräumt haben. Unausgesagt ist bisher noch das Verschwinden der Bonneloh'schen Strafalten an den Amtsgerichten Bochum, Caßrop und Schwerte.

* **Reise nach Nord in Bayern.** Die Kontrakte in Bayerisch-Schwaben ist immer weitere Kreise und hat jetzt auch auf Oberbayern übergriffen. „Fern, Berl. Togl.“ wird dazu

schlechten Rüsten, und Rettungsstationen damit auszürüsten, da bei der Fahrt nach gestrandeten Schiffen wiederholt die Rettungsboote kentern, sobald sie von der Mannschaft oft aufgerichtet werden müssen. Sind diese Leute mit dem Rascheigen Anzug versehen, so bleiben sie auf dem Körper trocken und können wieder tauffähig für Rettungswert fortsetzen. Durch die Vorführung ist tatsächlich erwiesen, daß die beiden Vorführten vollständig trocken waren, als sie den Anzug ausgezogen hatten. Die Anschaffungskosten sind auch nicht so erheblich; es würde ein solcher Anzug auf 25 bis 30 Mark kommen. Das ist wohl ein Fortschritt, unseres Wissens bezogen die Kosten das Doppelte.) Auch kann er in einem Gummiober Segelstuch leicht untergebracht werden. Nach unserer Ansicht hat Rasche eine für Seereisende bedeutungsvolle Erfindung gemacht, und wir wünschen ihm den besten Erfolg.

Wie wir weiter hören, war auch die Beurteilung bei den Fachleuten der Seemannsgenossenschaft eine überwiegend günstige und der Anzug wurde als das praktischste aller in neuerer Zeit aufgetauchten Rettungsmittel anerkannt. Augenblicklich steht der Erfinder auch mit dem Reichsministerium in Verhandlung.

* **Ausfallende Betriebskrankenkasse.** Es wird bekannt gemacht, daß die Betriebskrankenkasse der Firma Ernst Polmann u. Co. in Breslau am 1. März 1913 aufgelöst wird.

* **Ordnungsbeschuldigung.** Der Distrikt 8a (Oberleiter) des sozialdemokratischen Vereines Breslau verurteilt am 18. Juni 1912 ein Sommerfest. Die Genossen Miller, Stach und Riegler bildeten den Festausschuss. Bei zwei Abrechnungssitzungen und im Jubiläum beständige der Bauarbeiter Mische diese drei Genossen und warf ihnen vor, sie hätten sich bei dem Fest Geld in ihre Tasche gemacht. Diese gründliche Beschuldigung zwang die beteiligten Genossen zu einer Beledigungsklage, weil sich Mische zu einem günstigen Widerruf nicht verstehen wollte. Vor dem Schöffengericht machte der Angeklagte am Dienstag nicht den Versuch seine Behauptungen zu beweisen. Das Urteil lautete auf 15 Mark Geldstrafe und Bekanntmachung des Urteils an der Gerichtstafel.

* **Ein gefährlicher Kehovierheld.** Zum Bericht mit dieser Hebersicht erucht uns der Fischer Weigelt, Weinstraße 63, mitzuteilen, daß die in der Verhandlung behauptete Tatsache, er sei vorbestraft, tatsächlich unrichtig ist.

* **Die Kälte hat zugenommen.** Ueber Nacht sank das Quecksilber auf 10 Grad unter Null. Die Außenarbeiten auf den Bauwerken ruhen vollständig. Auf dem Stadtgraben dagegen rüsten die Pächter zur Eröffnung der Eisbahnen; auch die Ober ist zugefroren. Heute vormittag war der Himmel klar und die Sonne schien; trotzdem hatten wir noch 10 Grad Kälte. Für die Arbeitslosen und Obdachlosen beginnen mit dem ersten Froste die Tage bitterster Not, weshalb es dringend erforderlich ist, ihnen helfend beizustehen.

* **Wegen Geiratschwindels** wurden Dienstag von der hiesigen Kriminalpolizei ein ehemaliger Oberpostassistent und ein Redakteur festgenommen. Dazu erfahren wir noch von anderer Seite, daß der Oberpostassistent zu Ostern 1912 nach Breslau gekommen ist, nachdem er seines Amtes in Berlin entlassen worden war. Er ist 43 Jahre alt und das zweite Mal verheiratet. In Breslau hieß er sein Leben dadurch, daß er die Bekanntheit heiratslustiger Mädchen und Witwen zu machen verstand, ihnen die Ehe versprach und sich ihre Ersparnisse ausliefern ließ. Er trat unter verschiedenen Namen auf und gab an, daß er bei der Präsidents Wahl ein Guthaben von etwa 40.000 Mark bestehe, das durch dritte Personen festgesetzt worden sei und demnach an ihn zur Auszahlung gelangen soll; dann wollte er die ihn unterstützenden Personen reichlich entschädigen. Der festgenommene Redakteur, dessen Eltern in Breslau wohnen, ist 25 Jahre alt und hat Stellungen in Altona, Kugsburg und zuletzt in München gehabt. Dort hat er sich des Vergehens des Geiratschwindels schuldig gemacht, ist dann nach Breslau gekommen, wo er am Dienstag auf Anordnung der Münchener Staatsanwaltschaft festgenommen wurde.

* **Geflossen.** Dienstag nachmittag hat sich in seinem Bureau der Münchener Agentur und Kommissionsfirma Bernhard Reubischer, der Kaufmann Georg Rosenthal, erschossen. Als Grund wird angenommen, daß Rosenthal durch private wachhaltige Unternehmungen, die ihm wider Erwarten schlicht fehl schlugen, und durch große Kredite, die er seinen Bekannten einräumte, stark in Mitleidenschaft gezogen wurde und sein urprünglich sehr bedeutendes Vermögen dadurch erheblich zusammengekommen war. Die beteiligte Firma will durch die Verluste des Münchener Georg Rosenthal nicht nennenswert geschädigt worden sein.

* **Ueberfahren.** Am Montag nachmittag wurde auf der Lauenzienstraße, Ecke Bauhofstraße, ein Arbeiter, der dort vom Winterreis auf den Jahrdamm herumgetreten war, von einem bekannten Krutcher zu begrüssen, von einer schnell um die Ecke fahrenden Kraftdieselmotore, zu Boden gerissen und überfahren. Der Arbeiter erlitt bedeutende Verletzungen am Kopf und wurde nach Anlegung eines Verbandes in seine Wohnung geschafft.

* **Vermisselt** wird bereits seit längerer Zeit die 28 Jahre alte Händlerin Luise Feuerbach, geb. Weidies, aus Altsteinungen (Pfalz).

* **Ladendiebstahl.** Aus einem Zigarrengeschäft auf der Strogatzstraße hat ein Dieb am 10. Januar aus einem Stehpult 120 Mk. entwendet. Der Dieb hat allem Anschein nach den Diebstahl in dem Augenblick ausgeführt, wo die Ladendiebin in der hinter dem Laden liegenden Wohnung weilt.

* **Verdrähter Einbrecher.** In der vergangenen Nacht versuchte ein Dieb in das Lokal eines Gastwirts auf der Steinstraße einzubrechen, hat sich aber beim Einbruch einer Fenster Scheibe eine Hand verletzt und ist durch den erwachenden Gastwirt verdräht worden.

nicht mehr zurückzuführen. Selbstverständlich zahlte die Bank den Scheck ohnwidrig aus, allein sie weiß die Nummern der Banknoten, so daß man auf diese Weise die Eintrübungen zu ermitteln hofft. Als Herr Woodhous von seiner Reize nach Hause kam, fand er die halbe Wohnung ausverkauft.

Strandung eines Dampfers mit 333 Passagieren. Aus Newport wird gemeldet, daß der englische Passagierdampfer „Uranium“, der am 28. Dezember mit 333 Passagieren und vollständiger Mannschaft von Rotterdam nach Halifax und Newport abging, im Nebel 12 Meilen von Halifax gestrandet ist. Der Wind wehte glühendhoterische nach Südwesten. Das Schiff rief auf dringlichem Wege um Hilfe, worauf nach 4 Stunden ein kanadischer Rettungs-dampfer eintraf, der die Ausschiffung der Passagiere vornahm. Es gelang sämtliche Fahrgäste an Bord zu bringen und sie gefesselt am 19. Uhr in Halifax zu landen. Die Mannschaft ist am Bord geblieben, da man glaubt, das Schiff wieder flott machen zu können. Die letzten Nachrichten lauten jedoch sehr ungünstig, da sich der Wind abdreht hat.

* **Brand von Schmirnblagen.** Samstag, 14. Januar. Die Feuerlöschanlagen in Calgare (Veren. Staaten) sind niedergebrannt. Der Schaden beläuft 3 Millionen Dollars, wobei eine Million auf vernichtetes Gefrierfleisch entfällt. Die Anlagen sind unversichert.

* **Eine 40 Millionen-Forderung.** Der Millionär J. Rodheffer jun. stiftete die Summe von 40 Millionen Mark für die Errichtung einer weltweiten Versicherung, die der Unterdrückung des Adels und der Fürsorge gefallener Mädchen zu gute kommen soll.

* **Diebstahl von Eisenbahnwagen.** Weger des Reichs Hiesigen auf der Eisenbahn in der Nähe von Br...

1 2 2

...Koln sind nun einmal so und registrieren auch solche Vor-

Wahlau. 16. Januar. Selbst beurlaubt. Aus dem hiesigen Strafgefängnis ist am Montag abend ein Sträfling ent-

Übrig. 14. Januar. Wegen Faltschmünzerei und Fälschung von Bundesmarken wurde der hiesige Vater

Landeshut. 15. Januar. Zur Fleischsteuerung. Nachdem hier einige Wochen lang holländisches Schweinefleisch

Faser. 15. Januar. Ein bedauerlicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in der Nacht zum Sonntag

Pösch. 15. Januar. Vom Schwurgericht. In der beendeten ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode waren im ganzen sieben Sachen zur Verhandlung angelegt, die sich gegen 16 Angeklagte richteten.

Schäden. 15. Januar. Großes Schadenfeuer. Sonabend abend entfiel in der Lumpenortleranstalt von Philipp Levy am Bahnhof ein größeres Schadenfeuer, durch welches mehrere Lägerhäuser mit Inhalt an Lumpen und Metallen emigriert wurden.

Nach Oberhessen.

Heute OS., 15. Januar. In der Stube ertrugen. In einem Hinterhause auf der Großen Wollmühlstraße wurde Dienstag früh zwei Arbeiter, die sich seit vier Tagen nicht gezeigt hatten, in der gemeinschaftlichen Wohnung tot aufgefunden.

Heute OS., 15. Januar. Erstickt. Der Kolsmeister Gabriel der Kolsanstalt in Orzeow wurde erstickt aufgefunden. Ob der Tod infolge eines Unfalles erfolgte, wird die Untersuchung ergeben.

Heute OS., 15. Januar. Im Delirium. Der Gemenhensarbeiter Franz Kulik, in der Großen Wollmühlstraße wohnhaft, erhängte sich an der Lüstlinke. Man nimmt an, daß er die Tat im Delirium ausgeführt hat.

Genaues. 14. Januar. Die „geschickte Existenz“. Am Montag wurde in einem Gasthause an der Lüstlinke ein Mann erhängt aufgefunden. In den Taschen des Toten fand man zwei leere Portemonnaies und 20 Pfennige.

Königsberg. 15. Januar. Erhängt. Am Freitag abend erhängte sich in der Wohnung seines Freundes der Kranführer Kubetzka aus Bismarckstraße. Kubetzka beging die Tat aus Schwermut darüber, daß die Eltern seiner Braut ihre Einwilligung zur Eheschließung verweigerten.

Greifswald. 15. Januar. Goldhaltige Quarzfund. Der „Wanderer“ berichtet: Eine nicht nur vom geologischen Standpunkte interessante Beobachtung wurde dieser Tage auf dem Renteur Wilhelm Gabrielichen Villengrundstück in Güllow-Jarje gemacht.

Kreuzburg OS., 15. Januar. Mord. Im Proschliger Walde ist Dienstag früh ein Anrecht mit einer Stichwunde in der Brust tot aufgefunden worden. Es handelt sich zweifellos um ein Verbrechen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Neustadt OS., 15. Januar. Festgenommen. Der Besitzer der die von uns gemeldeten Verbrechen in zahlreichen Detektivbüchern des Kreises verübte, ist in Ober-Olsa gefangen genommen worden. Er stammt aus Neustadt OS., und heißt Alexander Dornitz. Zahlreiche Falschungen an die Neustädter Zeitung beweisen, wie groß sein Erfolg bei Spekulation auf die Dummheit gewesen sein muß.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Ministerium Berlin. Es weder ein Centrumministerium, noch ein ultramontanes, von seinen 7 Mitgliedern sind höchstens 5 Centrumsmänner und 2 sind sogar protestantisch, abgesehen in Bayern 78% Katholiken wohnen. Einen solchen Ton, wie ihn Friedberg hier gegen das Ministerium Berlin angeschlagen hat, mag man nur gegen Centrumsmänner und würden wir ein andersgeartetes Ministerium so anzuregen, wie das christlich-konservative Ministerium Berlin bekämpft, wird dann würde jedes konstitutionelle Leben aufhören. (Schluß.)

Zustimmung im Zentrum.) Das Ministerium Berlin trägt seine Verantwortung und wir die unsere. Der Redner polemisiert dann gegen die antijohannische Predigt der evangelischen Kirche und stellt die angebliche Freiheit unschwerflicher Bestrebungen der angeblichen Unfreiheit des Katholizismus gegenüber.

Wenn wir gegen solche Zustände Abhilfe verlangen, so darf man nicht sagen, daß wir damit den evangelischen Volksteil provozieren. (Stürm. Beifall l. Br.)

Justizminister D. v. Trott zu Solz betont nochmals die Zuständigkeit des Reichstags und Bundesrats für die Jesuitenfrage und gibt dann eine Darstellung der Rechtslage in der Behandlung der Jesuiten durch die preussischen Behörden seit 1878. Er schließt damit, daß der Bundesratsbeschluss tatsächlich keine Verschärfung bedeute.

Abg. Graf Woltke hält eine scharfe Antijesuitenrede und wendet sich namentlich gegen die Zentrumsbehauptung, daß die Jesuiten unbedingte Patrioten seien.

Abg. Dr. Lohmann (Nat.) beklagt den Luxus unter der Jugend und spricht dann stundenlang über die Jesuiten, wobei er u. a. dem Grafen v. Brachma Vorpiegelung falscher Tatsachen vorwirft, was vom Präsidenten gerügt wird. Während eines Teils der Rede begleitet das Zentrum jeden gegen die Jesuiten gerichteten Satz mit höhnlichem Gelächter, bis der Redner dies als Regie bezeichnet, worauf das Lachen aufhört. Dem Abg. v. Arnim-Neuboden antwortet er mit einer Rede über die Verhandlung der nationalliberalen Partei im Osten und den gesellschaftlichen Konflikt ihrer Anhänger durch die konservativen Großgrundbesitzer, wodurch der notwendige Ausgleich zwischen Konservativen und Liberalen erschwert wird. Wir sind nicht in England, wo es nur konservative und liberale gibt, bei uns spielen in der Politik zwei Parteien die führende Rolle, die eigentlich keine politischen Parteien sind: die Klassenpartei der Sozialdemokratie und die berufliche Partei des Zentrums. Der Redner bedauert die Verkümmernung des Willens-Blocks, an der die Konservativen Schuld seien, die Nationalliberalen aber wählen, was sie bei der Reichsgründung geleistet haben. Das Eintreten nationalliberaler Reichstagsabgeordneter für Zebel als Präsidenten haben wir mißbilligt und Scheidemanns Höhenredenerede damals damals nicht. Viel schlimmer ist, daß die Konservativen vielen Sozialdemokraten in den Reichstag verholten haben. (Lärm rechts! Rufe im Zentrum, Köln, Rhein, Hannover haben die Konservativen gegen Welfen gegen uns gewählt. Sogar Bismarck hat sich für die Zulassung einer starken Sozialdemokratie in das Präsidium ausgesprochen. Die Regierung könnte durch ihre Autorität auch die Rechte zur Mitarbeit an der Wahlreform bewegen, die der König will, was ich nach meiner Kenntnis von seiner Persönlichkeit auch fest glaube. Im Interesse des Mittelstandes muß mindestens geheimes und direktes Wahlrecht eingeführt werden. Ein Notgesetz wäre falsch. (Hört! hört! b. d. Soz.) Erreichlich ist, daß das Stichwahlrecht der Sozialdemokratie so niedrig ist, daß keine bürgerliche Partei hindurchkommen kann. Die Sozialdemokratie muß als eines der gefährlichsten und schädlichsten Übel energisch bekämpft werden, aber nicht als Unbedingungsmaßregeln würde eine gelunde Sozialpolitik hierzu beitragen. (Beifall b. h. Nat.)

Abg. Dr. Barchard (Vp.) fordert vom Minister v. Dallwitz Aufklärung über die Verteilungen des Reichstagsabgeordneten Sticher in der Wahlurnenfrage, weist weiter darauf hin, daß das Sozialengesetz die Sozialdemokratie gefördert habe und gibt den Verbandsbündnissen Königlicher Bedingungen die Schuld an dem Mißbrauch des Stichwahlabkommens mit der Sozialdemokratie. Unser Wahlrechtsantrag wurde das letzte Mal nur durch eine Zwischmehreheit abgelehnt. Die Zehnte Wahlrechtsabteilung würde gerade beim Mittelstand heftigeres Mißbehagen erregen. Die Wahlrechtsfrage ist die Sachlagefrage Brenkens, sie wird auch der Inhalt des Wahlkampfes sein. (Beifall links.)

Minister des Innern von Tautz: Die Behauptung des Reichstagsabg. Sticher, daß mein Ministerium die Einführung von Wahlurnen verhindert habe, ist erst durch den Vortritt zu einer Kenntnis gekommen und ich muß erst Bericht darüber abwarten. Ein einzelnes Mißfort ist gar nicht in der Lage, derartige Maßnahmen des Reiches zu verhindern. (Beifall bei Vp.)

Ein Schlußantrag wird gegen Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen angenommen. Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Giesbrecht (Br.), daß er gern die Darstellung des Handelsministers über den Saarstreit, die neuerdings große Umruhe unter den Saarbergleuten hervorgerufen habe, gern betrachten würde.

Abg. v. Hoffmann (Soz.) Dieser Debatte schließt ist ein bedauerlicher Mißfall in der schlimmsten Gefährlichkeit der Vergangenheit dieses Hauses. Jede Partei hat zwei Redner gehabt, nur vor den Polen und uns hat man Schluss gemacht, und das, nachdem von Arnim von der Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie gesprochen und uns wieder mit den Mittenaten von 1878 in Verbindung gebracht und ein neues Sozialengesetz verlangt hat. Wenn man uns da nicht mehr antworten läßt, so ist das ein dämliches Wahlmanöver. (Präsident: Das geht nicht zur Geschäftsordnung.) Herr Vorch hat zwei Stunden über das Jesuitengesetz gesprochen, ich wollte nur noch über den Staat sprechen. Sie irren gewaltig, wenn Sie uns mumbot zu machen glauben. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Koranyi (Pol.) bedauert, daß er die unwahren Anschauungen des Ministers v. Dallwitz und die gemeingefährlichen Behauptungen des Abg. v. Hoffmann nicht zurückweisen könne. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Arnim (Kons.) bemerkt gegenüber dem Abg. Dr. Lohmann, daß derjenige, der einen Scheidemann zum Vizepräsidenten des Reichstages wähle, sich doch über sein Vorleben genau orientieren müsse. (Weiterzeit b. d. Soz.) Gegenüber dem Abg. Barchard bemerkt er, daß er die Sozialdemokratie nicht mit den Mittenaten von 1878 in Verbindung gebracht habe.

Abg. Dr. Friedberg (National.) erwidert dem Abg. Giesbrecht, daß bei den Nationalliberalen ein Verlangen nach Annäherung an die Konservativen nicht bestehe. (Weiterzeit. — Auf bei den Sozialdemokraten: Lohmann.)

Abg. Dr. Siebke (Soz.) wendet sich in persönlicher Bemerkung gegen polemische Angriffe des Abg. Dr. Vorch. Auf der rechten wird insbesondere vom Abg. v. Pappenheim mehrfach laut gerufen, daß dies nicht persönlich sei.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Rönitz (zur Rechten): Ueberlassen Sie doch mir die Entscheidung, was in den Rahmen einer persönlichen Bemerkung fällt. — Erlaube dem Redner nur das richtig zu stellen, worin er mißverstanden wurde.

Der Gint geht an die Budgetkommission. Donnerstag 11 Uhr: Wahlprüfungen. Realkreditlimitfestsetzung.

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitseinstellung bei der Firma Süß & Söhne, Bielefeld. Am Sonnabend, den 11. d. Mts., legten alle an der Weidenkultur beteiligten Arbeiter einmütig die Arbeit nieder. Die Firma läßt große Flächen der Weidenpflanzungen unarbeiten, wobei die Sätze und Wurzeln einfließen werden. Für diese überaus schwere Arbeit zahlt die Firma pro Kiste 60 Pf. Lohn. Trag angelegener Tätigkeits konnten die Arbeiter nicht mehr als 150 Mark pro Tag verdienen. Mehrmalige Gesuche um Lohnerhöhung wurden abgelehnt. In einer am Freitag abgehaltenen Betriebsversammlung wurde einmütig beschlossen, die Erhöhung des Verdienstes von 50 auf 80 Pfennige pro Kiste zu fordern. Nachdem die Forderung vom Gantner der Landwirtschaft der Arbeiter der hiesigen, erziehen der Geschäftsführer auf der Arbeitseinstellung. Es wurde dem Redner nur mit dem Herrn zu verhandeln, wurde aber rühmlich abgelehnt. Der Herr erklärte sogar, eher noch 10 Pfennige abzugeben zu wollen. Darauf vertischen sämtliche Kollegen die Arbeitseinstellung. In einer von den hiesigen Kollegen

befuchten Versammlung am Montag, in welche Kollege v. Höner über die Mißstände der Firma sprach wurde mit Beifall beschloffen, den Kampf aufzunehmen. Sämtliche Kollegen sind organisiert und gehören dem Landarbeiterverband und dem Bauarbeiterverband an. Die Zahl der Beteiligten beträgt vorläufig 30. Die Bauarbeiter von Obilau und Umgebung werden erlucht, auch bei der übrigen Arbeiterschaft darauf hinzuwirken, daß Zuzug ferngehalten wird.

Neueste Nachrichten.

Der Balkankrieg.

London, 15. Januar. Die Delegierten der Balkanliga bezielen gestern morgen in gemeinsamer Sitzung darüber, wie dem fortgesetzten Schweigen der türkischen Konferenzmitglieder gegenüber zu begegnen sei und was in diesem Stadium zu geschehen habe. Die Meldung, es sei beschlossen worden, gleichzeitig mit der von den europäischen Großmächten der Note zu überreichenden Note der türkischen Regierung durch die verbündeten Balkanregierungen den eventuellen Abbruch der Londoner Friedensverhandlungen zu notifizieren, wird auch hier von bestunterrichteter Seite als irrünftig bezeichnet. Zuressend sei vielmehr, daß die Delegierten der Balkanliga ihrer eigenen Regierungen empfohlen hätten, den Waffenstillstand ohne weiteres aufzuheben, falls die Antwort der Türkei unbestriedigt ausfallen sollte.

Zum Kriege fertig.

Sofia, 15. Januar. König Ferdinand von Bulgarien ist gestern nachmittag bereits in Begleitung sämtlicher Minister nach Mustafa-Pasha abgereist. Dort sind bereits der Generalstabschef der Armee, sowie die Oberkommandanten der Truppen eingetroffen, um einen allgemeinen Kriegsrat unter dem persönlichen Vorzuge des Königs abzuhalten. Wahrscheinlich wird sich der Kriegsrat mit der Erneuerung der kriegerischen Operationen beschäftigen.

Konstantinopel, 15. Januar. Riamis Pasha, der unter allen Umständen den Frieden will und ständig versucht, sich mit den europäischen Großmächten zu verständigen, hat bisher die Einberufung der Nationalversammlung verhindert und zwar aus Befehl, daß diese die Fortsetzung der Feindseligkeiten beschließen könnte.

In Adrianopel.

Konstantinopel, 15. Januar. Dem „Tehriman“ zufolge meldet der Oberbefehlshaber von Adrianopel, General Schültz-Pacha, daß sich Offiziere und Mannschaften in der Festung wohl befinden und daß der Lebensunterhalt der gesamten Besatzung, sowie der Bewässerung der Festung, der gesamten Familien noch für lange Zeit hinaus gesichert sei. Die Zeitung „Tasvirietkar“ wurde suspendiert, da sie der Regierung unangenehme Artikel veröffentlicht hatte. Der Belagerungsstand in Konstantinopel wurde bedeutend verstärkt.

Im Stutari.

Rom, 15. Januar. Der „Corriere della Sera“ erzählt über Turazza-Vari, daß die Montenegroer bei einem Angriff gegen Drika, nahe Stutari von der türkischen Garnison angegriffen, geschlagen und benahe vollständig ausgerieben worden wären. Die montenegrinische Besatzung hätte hierbei über tausend Tote und sechshundert Verwundete zu beklagen. Einzelheiten fehlen noch.

Cetinje, 15. Januar. Die montenegrinischen Vorkosten vor Stutari brachten die Nachricht, daß seit zwei Stunden andauerndes Schießen in der Festung zu vernehmen sei. Man glaubt hier, daß der Kommandant der eingeschlossenen Festungsbefähigung Riza Pacha einen Teil seiner Truppen für die Einnahme lasse, die sich übergeben wollten. (??)

Ein neuer Mord Sternickel's?

Orlwig, 15. Januar. Im vorigen Jahre ist zur Erstzeit im Zellner-Loze ein älteres Ehepaar, namens Spremberg, aus seinem Grum. stille spurlos verschwunden und später in der Nähe desselben erschossen aufgefunden worden. Man nahm damals, da sich eine andere Spur nicht auffinden ließ, Mord und Selbstmord an. Jetzt scheint aus dieser doppelten Zeichen und seine Auslieferung zu finden. Das Grundstück des alten ermordeten Ehepaares lag nahe der Lehmannischen Pflanzung, auf der zu jener Zeit ein gewisser Heinrich Grob, alias August Sternickel arbeitete. Bald nach dem Auffinden der beiden Leichen gab Aug. Sternickel seine Arbeit in der Lehmannischen Pflanzung auf und verließ die Pflanzung und die Gegend. Die königliche Staatsanwaltschaft hat sich bereits die Alten über den doppelten Mordfall zur weiteren Aufklärung eingefordert.

Frankfurt a. O., 14. Januar. Sternickel wurde in der Mörderzelle des Landgerichtsgefängnisses mit dem rechten Fuß an einen in den Zementboden eingelassenen Ring so fest angegeschlossen, daß er gerade so viel Raum hat, um sich auf dem ausgelegten Strohnack auszurücken. Nachts hält ein Aufseher Wache und überprüft sich von Zeit zu Zeit durch das Beobachtungsfenster davon, was Sternickel in der erleuchteten Zelle treibt.

Die Sieger.

Berlin, 15. Januar. Das feste Berliner Sechstagerrennen hat heute nacht um 12 Uhr sein Ende erreicht. Ein Entscheidungsmatch ergab folgende Resultate: 1. Clark-Hill 2. Stool 3. Miquel 4. Lorenz-Salbau 5. Sellbert-Koellen.

Noch immer zweifelhaft.

New York, 15. Januar. Das Schicksal des Savag-Dampfers „Abessinia“ ist noch immer sehr zweifelhaft. Der Kapitän des Wit-Star-Dampfes „Zedric“ erklärte bei seiner Ankunft in New York, es sei möglich, daß die von ihm herbeigebrachte „Abessinia“ die „Abessinia“ im Nebel verfehlt habe. Auch das New Yorker Savag- und Wit-Star-Dampfschiff weiß darüber zur Zeit noch nichts näheres.

Wasserstands-Nachrichten der Ode.

Wasserstand	14. Jan.		15. Jan.		16. Jan.		17. Jan.		18. Jan.		19. Jan.	
	Uhr	Höhe	Uhr	Höhe	Uhr	Höhe	Uhr	Höhe	Uhr	Höhe	Uhr	Höhe
1. C. S. S.	11.00	1.91	0.82	1.90	0.66	1.91	0.91	1.91	1.60	1.91	1.60	1.91
2. C. S. S.	11.15	1.90	0.91	1.91	0.77	1.91	1.00	1.91	1.60	1.91	1.60	1.91
3. C. S. S.	11.30	1.89	1.02	1.91	0.92	1.91	1.23	1.91	1.60	1.91	1.60	1.91
4. C. S. S.	11.45	1.88	1.13	1.91	1.04	1.91	1.54	1.91	1.60	1.91	1.60	1.91
7. Wasserstandshöhe l. Rottwitz 8.30: l. d. Reichs (Oder) 0.16-Mittelpunkt 8.22												

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Wetter	15. Jan.	16. Jan.	17. Jan.	18. Jan.	19. Jan.	20. Jan.
Wasserstand (C)	-4.8	-5.1	-5.4	-5.5	-5.9	-11.1
Wasserstand (F)	7.8	7.8	7.7	7.5	7.8	7.8
Wasserstand (M)	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
Wasserstand (N)	0.8	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8
Wasserstand (O)	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
Wasserstand (P)	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
Deute s. h. W. W.						
*) Zur Reduktion auf Meeressniveau sind 15.1 mm hinzuzufügen.						

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion... Schriftliche Auskunft... Sch. F. Kirchberg...

Veranstaltungen und Vereine.

Mittwoch, den 15. Januar: Erlennbücherei... Donnerstag, den 16. Januar: Sozialdemokratischer Verein... Sonntag, den 18. Januar: Sozialdemokratischer Verein...

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungskommission.

Table with columns for 'gute', 'mittlere', 'geringe' and rows for various goods like 'Weizen', 'Roggen', 'Hafer'.

Am 14. d. Mts. starb unser treues Mitglied, der Arbeiter Karl Wagner... Die Mitglieder der Zahlstelle Brieg des Deutsch. Fabrikarbeiter-Verbandes.

In freien Stunden... Illustrierte Roman-Bibliothek, Best 10 Pfennige... Hier Herr Nachbar steht der Mann...

Ercheint dreimal wöchentlich. Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Large directory grid with columns for 'Oberschlesischer Industrie-Bezirk', 'Dtsch.-Lissa-Stadelwitz', 'Glogau', 'Gorkau', 'Gutsdorf', 'Hundsfeld', 'Bunzlau', 'Coesel', 'Kl. Gansau-Schmiedefeld', 'Jauer', 'Kattowitz', 'Königshütte O.-S.', 'Märzdorf-Steindorf', 'Opperau', 'Pelsterwitz', 'Ratzbor', 'Reichsadler', 'Retschdorf', 'Sarrau', 'Stoberau', 'Strehlen', 'Tschansch', 'Trebmitz', 'Woihschitz'.

Deutscher Reichstag.

90. Sitzung. Dienstag, den 14. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kommissare, später Dr. Deibried, Thn.

Kurze Aufträge.

Abg. Schmidt-Vorlan (Soz.) fragt: Ist der Reichskanzler mit Zustimmung darüber zu geben, ob im Bundesrat die Absicht besteht, die Verordnung vom 5. März 1902 betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Glashütten, Glasbläsereien und Glasbläsereien sowie Sandgläsereien dahin zu ändern, daß der sanitäre Schutz für Arbeiterinnen erweitert und die Ausnahmestimmungen, insbesondere die Erlaubnis zur Nacharbeit für die Jugendlichen, aufgehoben werden.

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Der Entwurf einer neuen Verordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Glashütten usw. liegt bereits dem Bundesrat zur Beschlußfassung vor. Es ist darin die weitestgehende Einschränkung der Beschäftigung von jugendlichen Arbeiterinnen während der Nacht vorgesehen. Bei einer Reihe von Arbeiterinnen sollen jugendliche überhaupt nicht mehr beschäftigt werden. Außerdem ist in dem Entwurf die Bestimmung vorgesehen, daß die in den verschiedenen Behörden bestellenden Bediensteten für einzelne Anlagen weitergehende Ermächtigungen zum Schutze der Arbeiter, insbesondere der jugendlichen Arbeiter, zu treffen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Soz.) fragt: Ist die öffentliche Verwaltung richtig, daß Verhandlungen mit dem Norddeutschen Lloyd wegen des im Jahre 1914 ablaufenden Subventionvertrags begonnen und wie weit sind sie gekommen? Beabsichtigt der Reichskanzler die Verhandlungen auch mit anderen Reedereien und zwar nach dem Gesichtspunkt der Wundestforderung für gleiche Leistungen auszuweiten?

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Ewald: Das zwischen dem Deutschen Reiche und der römischen Kurie abgeschlossene Heberentkommen ist im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 2. Dezember 1902 veröffentlicht (Heiterkeit im Zentrum) und es besteht nicht die Absicht, hieran etwas zu ändern. (Heiterkeit im Zentrum.)

Abg. Henke (Soz.) fragt: Haben Verhandlungen mit dem Norddeutschen Lloyd wegen des im Jahre 1914 ablaufenden Subventionvertrags begonnen und wie weit sind sie gekommen? Beabsichtigt der Reichskanzler die Verhandlungen auch mit anderen Reedereien und zwar nach dem Gesichtspunkt der Wundestforderung für gleiche Leistungen auszuweiten?

Direktor im Reichsamt des Innern v. Raucoules: Die Verhandlungen für die Neuregelung der Reichspostdampferleistungen in manchen Ostasien und Australien sind von den zuständigen Reichsbehörden aufgenommen worden. Es hat eine unüberwindliche Mißverständnisse mit dem Norddeutschen Lloyd über die verschiedenen Wünsche von beiden Seiten stattgefunden. Ob demnächst die Verhandlungen auch auf andere Reedereien und zwar nach dem Gesichtspunkte der Wundestforderungen für gleiche Leistungen auszuweiten sein werden, läßt sich zur Zeit nicht sagen.

Abg. Dr. Thoma (natl.) fragt: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt 1. ob die bayerische Regierung ihre Gesandtschaften im Auslande zur Mitarbeit an der neuen bayerischen Staatszeitung heranzuziehen beabsichtigt und 2. ob Vorzüge geschaffen ist, daß die Behandlung von Fragen der Reichspolitik, insbesondere der auswärtigen Politik in jedem offiziellen Briefwechsel zwischen der bayerischen Staatsregierung nur im Einvernehmen mit dem verantwortlichen Leiter der Reichspolitik erfolgen kann?

Waltlicher Geheimter Legationsrat Lehmann: Die erste Anfrage ist mit Nein zu beantworten. (Heiterkeit im Zentrum.) Die bayerische Regierung ist diesen Nachrichten selbst amtlich vorgegangen. Die zweite Anfrage ist mit Ja zu beantworten. Die bayerische Regierung wird selbstverständlich dafür sorgen, daß die bayerische Staatsregierung bei der Behandlung von Fragen der Reichspolitik, insbesondere der auswärtigen, nur im Einvernehmen mit dem verantwortlichen Leiter der Reichspolitik vorgehen wird.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Vpl.) fragt: Ist Sicherheit geschaffen, daß ähnliche der Monarchie widerwärtige Konzeptionen wie die der englischen Firma Lever Brothers getätigt werden der belgischen Regierung nicht mehr erteilt werden und daß Beschränkungen des den Eingeborenen vertraglich zustehenden Bündrechts für die Zukunft ausgeschlossen sind?

Waltlicher Geheimter Legationsrat Lehmann: Auf eine solche Anfrage im englischen Interhaus hat Sir Edward Grey am 9. Mai v. J. geantwortet, daß derartige Konzeptionen in Zukunft nicht erteilt werden.

Abg. Erzgraber (Zentr.) fragt: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß bei den kriegerischen Operationen auf dem Balkan zahlreiche Hungertode der Bewohner der bisherigen türkischen europäischen Gebiete vorgekommen sind und was ist hierauf von Deutschland worden?

Waltlicher Geheimter Legationsrat Lehmann: Vom Beginn des Balkankrieges an haben die beiden feindlichen Parteien Klagen darüber geäußert, daß vom Gegner Grausamkeiten und Unmenslichkeiten begangen worden sind. Bis zu welchem Grade diese Unmenslichkeiten in einzelnen Fällen auf Wahrheit beruhen und wie weit sie insbesondere irrationale Vandalen zur Last fallen, ist sich von hier aus nicht nachprüfen. Die deutsche Regierung hat aber alle Fälle, die ihr zur Kenntnis gebracht wurden, den betreffenden Regierungen mitgeteilt und auch sonst, soweit möglich, darauf hinzuwirken gesucht, daß beklagenswerten Übergriffen vorgebeugt werde.

Der Staat des Innern.

Abg. Dr. Mayer-Kaufmann (Zentr.) spricht die wirtschaftliche Lage. Der Kohlenindustrie geht es nicht so schlecht, daß sie höhere Löhne zahlen könnte. Leider hat sich der Baumarkt von der seit Jahren auf dem lastenden Depression noch nicht erholen können. Der Kurs unserer Staatspapiere ist gefallen, und der einzige Markt ist der, daß in anderen Staaten dieselbe Erscheinung zu bemerken ist. Schuld daran ist offenbar die Furcht vor einem Weltkrieg. Hoffentlich wird es der deutschen Diplomatie bald gelingen, die Kriegsgefahr zu bannen. — Der Abg. Fischer hat gestern die katholische Kirche angegriffen und beschimpft. (Widerpruch b. d. Soz.) Er hat gesagt, daß es das Vorurteil ist mit den Mächtigen der Erde gehalten habe und es geht mit den

Ausbeutern gegen die Arbeiter halte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Ansicht Ihrer Partei schlägt die katholische Kirche ins Gesicht. (Sehr richtig! im Zentr., Widerpruch b. d. Soz.) Die katholische Kirche kennt nur eine Lehre, die gilt für Unternehmer und Arbeiter, für Reiche und Arme. (Bravo! im Zentr., Lachen b. d. Soz.) Die Ausführungen des Abg. Fischer beweisen nur dem klaren daß seine Partei gegen die Kirche in Christentum. Wenn er sich als Schutzherr der katholischen Arbeiter gegen die Kirche auswirft, so lehnen die katholischen Arbeiter diesen Schutzherrn genau so ab, wie sie die Sozialpolitik ablehnen. (Beifall im Zentr., Lachen bei den Soz.)

Abg. Kölich (natl.):

Unser Wirtschaftsleben hat sich nicht glänzend entwickelt. In den Verwaltungszweigen, die mit Handel und Verkehr zu tun haben, dürfen nicht starrere Bürokraten an der Spitze stehen. Die Konventionen geben sich gern als mittelständisch aus, ihre Haltung in der Frage der Fleischversorgung beweist aber das Gegenteil. Wenn es früher hieß: hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt. So muß man jetzt sagen: haben der Bauer und der Arbeiter Geld, so hat es die ganze Welt. (Sehr richtig! links.) Auch das Zentrum ist nicht berechtigt, sich mittelständisch zu nennen, denn es will den Mittelstand nach funktionellen Rücksichten trennen. (Beifall b. d. Natl., Hurra im Zentrum: Wahlfreie!) Unsere Partei hingegen hat sich dem Mittelstand stets mit der Tat angenommen. — Es ist falsch zu sagen, wenn ein Deutscher, der seinen deutschen Namen Wertes in der Welt umgewandelt hat, in Frankreich Reden gegen sein Vaterland hält. Es geht nicht an, daß man es in Frankreich so im Auslande sein Vaterland vertritt. (Beifall b. d. Natl.)

Abg. Graf Westarp (natl.):

Der Abg. Fischer hat gestern ein amtliches Schreiben des Staatssekretärs des Innern zu Angreifen gegen ihn benutzt, das durch einen großen Vertrauensbruch in seine Hände gelangt ist. Mit einem Recht hat der Staatssekretär gegen dieses Verbrechen protestiert. Wenn der Staatssekretär sich dagegen wehrt, daß ein von einem pflichtvergeßenen Beamten geschriebenes Schreiben hier so veröffentlicht wird, so ist er durchaus im Rechte. Der Richter hat erklärt, er halte sich für berechtigt, auch solches Material zu veröffentlichen. Diese Auffassung beweist, daß es für uns völlig unumwandelbar ist, wie in allen anderen Fragen, so auch in der des politischen Ausmaßes, je mit den Sozialdemokraten zu verhandeln. (Gr. Unruhe, Lachen b. d. Soz.) Wer derartige behauptet, ist nicht besser als der Lächer. (Unruhe b. d. Soz.) Wir richten an den Staatsekretär die dringende Bitte, dieser Pflichtverletzung ernstlich nachzugehen. (Bravo! rechts, Lachen b. d. Soz.) Der Abg. Fischer hat gesagt, daß die Regierung und die Konventionen nicht gelassen hätten, als sie feinerzeit behaupteten, die Rolle dienten nicht dazu, die Lebensmittelpreise zu erhöhen. Der Herr Präsident hat sich leider nicht bewußt zu erklären diesen Mißbrauch zu rügen.

Präsident Kaempf nimmt den gestern antwortenden Reichssekretär gegen diesen Angriff in Schutz. (Beifall links, Unruhe rechts.)

Abg. Graf Westarp (fortf.) empfiehlt darauf den Konventionen Antrag, die Reaktion zu einzeln, möglichst bald einen Gegenentwurf vorzugeben, durch den das Streikverbot aufgehoben wird. Das Streikverbot hat sich als ein Mittelstand herausgestellt, dem man mit den bestehenden Gesetzen nicht beikommen kann. (Hurra bei den Soz.) Ich glaube schon, daß Ihnen der Antrag nicht genehm ist. (Lachen bei den Soz.) Das Strafbare Handlungen, die beim Streikverbot begangen werden, bestraft werden können, reicht nicht aus. Es handelt sich vielfach um Antragsfälle. Dann kommt das Einreisen des Streikführers auch zu spät. Gewiß ist es bedauerlich, daß beim letzten Bergarbeiterstreik

soviel hatte Strafen

ausgesprochen werden mußten; aber der Richter muß auch die Folgen in Betracht ziehen, und in solchen erregten Zeiten können einfache Schimpfworte die schlimmste Wirkung haben. Die Polizeibehörde darf nach der Justiz nur im Verbrechenstreife einschreiten; dadurch ist für sie ein Gefühl der Rechtsunmöglichkeit entstanden, und sie schreitet oft zu spät ein. Deshalb muß das Streikverbot an sich verboten werden. Wenn jetzt die Einschränkung der Arbeitsmitteln, und ihre ständige Bedrohung. (Zust. rechts.) In Basel hat ein sozialdemokratischer Regierungsrat als Leiter der Polizei das Streikverbot aufgehoben. (Vdr., hört! rechts.) Und in England laufen die Industriellen ebenfalls Sturm gegen das Streikverbot. Bei uns ist der ganze Mittelstand für dieses Verbot. Auch die christlichen Gewerkschaften haben einen höheren Schutz der Arbeitsmitteln verlangt. Auch der deutsche Handelsrat hält das Verbot für unbedingt notwendig, ebenso die Mehrheit der Handelskammern. Wir wissen, daß die

Ausichten unserer Anträge freilich gering sind.

Die Freimüthigen, die die neuesten Stichwahlbestimmungen unterdrücken haben, werden nicht dafür stimmen, weil sie für ein Ausnahmeverbot nicht stimmen dürfen. Auch sonst wird die Volkspartei nicht leicht etwas tun, was der Sozialdemokratie nicht gefällt. Hat sie doch bei der letzten Reichstagswahl das Stichwahlverbot mit der Sozialdemokratie getroffen. (Der Redner geht, vom Vizepräsidenten Dr. V. a. a. e. mehrfach zur Sache zurück, in breiterer Weise auf die Einzelheiten des Stichwahlverbotens ein.) Die Volkspartei ist dadurch aus dem Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien ausgeschlossen. Um so mehr haben die anderen bürgerlichen Parteien Anlaß, sich gegen die Gewaltthätigkeit der Sozialdemokratie zu wehren. Der Abg. Ledebour hat hier ja offen verkündet: wir wollen die Republik, und zwar tat er das in einer Weise, die jedem monarchischen Empfinden ins Gesicht schlägt. Er hat es gewagt, so sagen, wenn etwa der englische König ähnliche Ausfertigungen würde, wie unser Kaiser sie im Kampf getan haben soll, so würde das

englische Volk den Thron in Scherben schlagen.

(Abg. Ledebour (Soz.): Sehr richtig!) Oder, und das war noch schämlicher für den Kaiser, das englische Volk würde seinem König Gelegenheit geben, auf einem ermanen Schloß in unruhiger Ruhe zu verharren. Deutlich kam in jenen Worten zum Ausdruck, daß die den Wunsch haben, das deutsche Volk möge die Wege wandeln, die nach Ihrer Meinung unter solchen Umständen das englische Volk wandern würde.

Mit Gewalt die Monarchie stürzen, das ist Ihr Ziel, denn daß das Pöbelzöllernhaus ohne Gewalt nicht zu vertreiben ist, wissen Sie so gut wie wir. Der Abg. Scheidemann hat in einer persönlichen Bemerkung bestritten, in Paris gesagt zu haben, die deutschen Arbeiter wollen nicht auf die französischen schließen. Es soll das nur in einem unbedeutenden Vermittlungsbüchlein gestanden haben. Ist denn aber der Unterschied zwischen „wollen nicht schließen“ und „werden nicht schließen“ gar so groß? Es kommt doch auf den Zusammenhang an. Von der Verantwortung kommt Herr Scheidemann also nicht los, in erster Stunde in Frankreich den Eindruck hervorgerufen zu haben, als ob die deutschen Arbeiter bereit seien, unser Vaterland wehrlos zu machen. Wir bitten den Reichskanzler und seine Vertreter, mit aller Schärfe an dem Grundgesetz festzuhalten, daß ein Sozialdemokrat niemals mittelbarer oder unmittelbarer Beamter sein kann. Es ist Zeit, daß wir uns endlich einmal ermannen gegen die Gewaltthätigkeit der Sozialdemokratie. (Hu! Hu! bei den Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fortf. d. Volksp.):

Am ersten Teil der Rede des Herrn Grafen Westarp ist die Hälfte seiner politischen Freunde eingeklinkert. ... Vizepräsident Dove: Sie dürfen die Unausmerksamkeit der Mitglieder des Hauses keiner Kritik unterziehen, wenn diese Unausmerksamkeit nicht geradezu störende Geräusche hervorruft. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fortf.) Dann aber hat Graf Westarp meiner Partei eine Vorlesung darüber gehalten, was für ein Wahlbündnis er abschließen dürfe. Das Gedächtnis

mit (einem) Plumpheit. (Vizepräsident Dove rief diesen Ausdruck.) Graf Westarp ist als letzter zu einer solchen Behauptung gekommen, denn wenn die Sozialistische Volkspartei nicht wäre, so läßt er sich nicht in diesem Hause. (Unruhe rechts, große Heiterkeit links.) Das nächste Mal wird er wohl kaum noch auf die Stimmen der Sozialisten rechnen dürfen. Warum sprechen die Konventionen denn nicht über ihr Wahlbündnis, warum nicht über das „Cohnsche Wahlbündnis“ oder über den berühmten „braunen Lappen“ von Straßburg und Grieswald? (Unruhe rechts, große Heiterkeit links.) Wer so im Glashaute sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. (Sehr richtig! links.) Sie haben der Sozialdemokratie selbst 15 bis 20 Wahlkreise ausgeteilt. Die heutige Scharfmaschinrede des Grafen Westarp

nützt keiner Partei mehr als der Sozialdemokratie.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Nur der Wegler und der Jork über den Anfall der Wahlen spricht aus dieser Rede, und Sie (zu den Konv.) hätten noch schärfer abgelehnt, wenn Ihnen nicht die Wahlkreise gemerkt zu Hilfe gekommen wäre. (Sehr richtig! links.) Kein Zeitpunkt ist ungeeigneter, um uns solche Worte zu machen, als der jetzt, wo wir im vorigen Sommer alle Wahlvorträge fertig haben. (Heiterkeit und Unruhe b. d. Soz.) In nationalen Fragen machen wir unsere Stellungnahme nicht von irgend welcher Laubbareit abhängig. Uns Rebe zum Zentrum hat Graf Westarp kein Wort über die Wünsche Westarls gesagt. (Lachen im Zentrum.) Das Verhalten des Staatssekretärs des Innern in der Angelegenheit der amtlichen Wahlurnen ist etwas sehr merkwürdig. (Sehr richtig! links.) Er scheint nicht in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Reichsamt des Innern, sondern als preussischer Minister im Nebenamt aufgetreten zu sein. Graf Westarp nennt es eine Unfreundlichkeit, daß die Liste Anträge auf Einführung einer

Zustimmungsvorlage ablehnt.

Selbst der Staatssekretär Deibried, der doch den Anschauungen des Grafen Westarp erheblich näher steht, will von einem Verbot des Streikpostenstehens nichts wissen. Gerade solche Scharfmacherreden, wie sie Graf Westarp eben gehalten hat, nützen der Sozialdemokratie am meisten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bei der Beantragung unserer Intervention über das Vereins- und Versammlungsrecht im Dezember hat der Staatssekretär Dr. Deibried sich derartig behauptet, daß man in das Vereins- und Versammlungsrecht alles mögliche hineinstecken kann. Das zeigt, wie notwendig eine Reform des gesamten Vereins- und Versammlungsrechts ist. (Zust. links.) Über die Gewerkschaften hat der Staatssekretär in einer Weise gesprochen, wie auch ein katholischer Bischof nicht anders hätte sprechen können. (Lachen im Zentr.) Das hat eines der Zentrumsbücher selbst geschrieben. Der Staatssekretär hat einen vollkommen ultramontanen Standpunkt eingenommen. Wir müssen verlangen, daß den Herren in Rom largenacht wird, daß wir uns von ihnen bei wähligen Anlässen nicht auf der Höhe herumtänzen lassen. (Zust. links, b. d. Soz.) Ein Ausbau des Vereins- und Versammlungsrechts ist notwendig, in Interesse der Erhaltung des sozialen Friedens, er wäre das schönste Jubiläumsgeschenk für das deutsche Volk. (Zust. bei der Volkspartei.)

Abg. v. Morawski (Volk):

hebt das Interesse der Konventionen an der Entlohnung hervor, so wie die Voten entleert werden, könnten auch alle Grundgesetze befreit entleert werden.

Abg. Dr. Quast (Soz.):

Der Angriff des Grafen Westarp wegen des Stichwahlbündnisses nach einer so langen Zeit und gerade beim Etat des Reichsamt des Innern war doch recht verwunderlich, seine hätte moralische Unterstützung jetzt die starrere Verdränger der Konventionen Partei über das Abkommen. Was er hier über die Verletzung der monarchischen Verfassung gesagt hat, soll wohl nur als Vorwand dienen zur Erreichung dessen, was ihm als Ideal auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts vorsteht. Offenbar hat er seine Ausführungen als eine Art Entleitung zu den preussischen Landtagswahlen gedacht. Es scheint der Konventionen Partei notwendig, der Staatsanwalt anzurufen, weil sie fürchtet, durch die

Empörung über ihren Druck auf die Landarbeiter

könnte eine Mehrheit zustande kommen, die ihnen unangenehm wäre. Das Graf Westarp und die Konventionen überhaupt ein Verständnis für die sozialistische Gesichtspunkt-auffassung haben sollen, darauf haben wir längst erplich verachtet. Die Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Abgeordneten Müller-Meinungen war für uns recht interessant, sie erinnerte an die Ehegeheuse von ehemals, die sie treiter, wobei rechts ein Chignon liegt, links ein Auge zerfliegen wird, und die jüngere Generation, in diesem Falle die Sozialdemokratie, steht erklärt dem Haß der Eltern zu. (Heiterkeit bei den Soz.) Wir müssen lachen über die gegenständlichen Vorwürfe, uns zu fördern. Sie fördern uns ja vor allem durch Ihre Taten.

Ihr den Reichsamt, den der Antrag des Grafen Westarp verlangt, ist der gegenwärtige Reichstag wohl der am wenigsten geeignete Ort und der Moment sehr schlecht gewählt. Der Staatssekretär hat eine geradezu unabweisliche Interpretation des Koalitionsrechts gegeben. Nach der Auslegung des Staatssekretärs hat im Grunde der Unternehmer darüber zu entscheiden, wie weit der Arbeiter ein Koalitionsrecht hat. Ich meine die Verletzung des Koalitionsrechts der Arbeiter in den Bäckerei- und Fleischerbetrieben durch die bekannten Innungsbeschlüsse und ihre Befähigung durch die preussischen Behörden. Aus Süddeutschland sind derartige Fälle nicht bekannt, das Vorgehen ist charakteristischerweise auf Preußen beschränkt. In Magdeburg, in Frankfurt a. M. und anderwärts haben die Innungen ihre Mitglieder mit hohen Strafen dazu gebracht, von Vereinbarungen mit den Gewerkschaften zurückzutreten. Bis in die Zehntausende gehen die Strafen dafür, wenn ein Unternehmer es wagt, gemeinsam mit einer Arbeiterorganisation eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das nachher zunächst die staatlichen Behörden von Magdeburg und Frankfurt a. M. dann die staatlichen Aufsichtsbehörden diese Innungsbeschlüsse, die gegen die Koalitionsfreiheit aufs allerhöchste verstoßen, gutheißen ist

das unerhörteste an diesem Vorgang.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Und diese Beschränkung der Koalitionsfreiheit besteht heute weiter. Eine große Reihe von Prinzipalen, der Verband der Deutschen Bäckermeister, bittet in einer Petition den Reichstag, die Regierung zu veranlassen, sie vor dem Terrorismus ihrer eigenen Verfassungskollegen zu schützen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ingeachtet der Haltung der Behörden braucht man sich nicht zu wundern, wenn die „Deutsche Fleischerei“ mit Bezug auf unsere Verhandlungen zur Fleischnot zu schreiben wagt. Das würde den roten Herrschaften gut gefallen, weiter auf städtische Kosten gefüttert zu werden.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist ein

Schlusssatz.

wie er schimmer nicht gedacht werden kann. Kein deutscher Arbeiter denkt daran, sich auf städtische Kosten füttern zu lassen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nur in der äußersten Not geht er zur Nahrungsaufnahme. Die städtischen Fleischpreise waren im

übrigen auch hoch genug, sodaß von einem Stillern auf Kosten der Stadt schon besprochen nicht gesprochen werden kann. Auf die Dauer wird es das Zentrum vor seinen Arbeitern nicht länger veranlassen können, so wie bisher gegen die Arbeiterinteressen zu handeln. Vor allem hat es alle Lebensmittelverteuerungen mitgemacht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der nationalliberale Abg. Kößler hat heute rekapituliert, auch seine politischen Freunde seien für billiges Fleisch. In der Fleischverteilungskommission sind es aber gerade die Nationalliberalen, die als Jüngsten an der Wage alle auf Verbilligung des Fleisches gerichtete Anträge abgelehnt haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Unternehmermaterial, das Graf Westarp vorgetragen hat, wiegt sehr leicht. Es ist wohl die Regel, daß 90 Prozent aller Fälle nicht zutreffen, die die Unternehmer beibringen, wenn sie von Arbeiterorganisationen geprüft werden. Die konservativen sollten doch lieber offen sagen, daß sie nicht bloß das Streikpostensieben verbieten, sondern die Arbeiterschaft

an Sünden und Sühen festeln

wollen, damit sie den großen Organisationen der Unternehmer wehlos gegenübersteht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Vielleicht verlornt Graf Westarp demnachst, mit dem Einziehen der Verböden dürfte nicht bis zum Ausbruch des Streiks gewartet werden, nein, jede Vorbereitung eines Streiks sei bereits als eine das Staatswohl bedrohende Handlung zu verbieten. Daraus deutet es ja schon hin, wenn in Magdeburg 400 Teilnehmer an einer Metallarbeiterversammlung auf die Vollzeitsache geschleppt wurden, um zu unterziehen, ob sich unter diesen 400 ein Arbeiter befinde, der einen Streikbrecher beleidigt haben sollte. (Hört, hört!) Die bei jedem Streik herrschende Erregung ist ein Kulturglement, vor dem der Staat den Hut ziehen sollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sollte nicht strafschärfend, sondern strafmildernd bei Gericht ins Gewicht fallen. Sämtliche Urteile gegen Streikbrecher, als die im Ruhrrevier gefällten, wird Graf Westarp uns höchstens aus Rußland vorlegen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der Überzeugung, daß der Reichstag auch diesmal den Antrag der Konservativen mit übermächtiger Mehrheit ablehnen wird. (Beifall links.) Die Sozialpolitik der Regierung hat auch die allerbesten Anforderungen

einzelne bürgerliche Sozialpolitik unerfüllt

gelassen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Nacharbeit der Bäckereien ist bereits in England und Italien abgeschlossen; auch Deutschland müßte endlich folgen. Nur dann ließe sich eine wirkliche Reichsfeier in den Betrieben durchführen. In den Garnfabriken beklagen sich die Bedienten, daß sie keinen militärischen Ranz haben; ich halte es eher für möglich, daß diese Herren die ererbten Epauletten bekommen, als das unter Reichsamt des Innern in Beilegung der Nacharbeit in den Bäckereien möglich. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Da hätte das Reichsamt sich schon längst mit den Zuständen in der chemischen Industrie näher befaßt müssen. Die Arbeiter aber nennen diese Fabriken Höllen. Es herrschen Zustände, die jeder Menschlichkeitsgefühl schreien. Zehntausende von Arbeitern gehen jährlich durch diese Fabriken und arbeiten dort 6 bis 8 Wochen, weil sie es länger nicht aushalten können, und gehen dann mit dem Ranz der Krankheit fort. Aber gegenüber diesem Gegenstand zwischen Reichsamt und Glend verhält sich das Reichsamt absolut unfähig. Das einzige Gebiet, auf dem es in den letzten Monaten die Initiative ergriffen hat, ist der Schutz der Bühnenangehörigen. Wir begrüßen den Entwurf eines Reichstheatergesetzes und freuen uns über den Erfolg der jungen Organisation. Freilich regelt der Entwurf noch nicht entfernt die schwierigen Arbeitsverhältnisse. Er räumt der Polizei eine sehr große Macht in Bezug auf die Konzession ein; auch fehlt noch jede Ueberwachung für die Durchführung des Reichstheatergesetzes. Die Kostümirer muß besser geregelt werden, und ebenso die Verhältnisse der Musikinstrumente. Sehr mißlich ist die Lage der herrschaftlichen Dienerschaften zu leiden haben. Diese Fachschulen sind nur veraltete Stellenvermittlungsinstitute, die

geradezu Menschenhandel

treiben und die armen Angehörigen ausbeuten. Hier sollte das Stellenvermittlungsinstitut geändert werden. Die Gesundheitsordnung kommt in Frage und über die schweren Mängel, die sich aus diesem überlebten Gesetz ergeben, hat Graf Westarp kein Wort verloren. Dabei ist das gerade eines der anstrengendsten Kapitel im Wirtschaftsleben, das revolutionären Geist als alle sozialdemokratischen Keime. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die ganze Zivilisierung unserer sozialen Gesetzgebung ist eben vor vollständigen Verbesserungen in verusacht durch die Ehen der Regierung, die Arbeiter in bez. Sozialversicherung zu größerer Mitarbeit in der Verwaltung heranzuziehen, die erst einen gesunden Zug in die Versicherung bringen würde. Hier mündet das soziale Problem und das politische. Die gesteuert wieder von Führer nachahmende Herrschaft Preußens nicht in Deutschland verhängnisvoll auch in sozialer Vegetation, denn sie bedeutet die Herrschaft der

rückständigen Unternehmungsklasse der Welt.

(Sehr. Zustimmung. b. d. Soz.) Sie bedeutet, daß sich die industriellen Charismatiker der Innerklasse als Gesellen angehängelt haben, und daß das Zentrum als Ganzplan hinter dieser Ehegemeinschaft steht. (Sehr. und sehr. links.) Arbeiterbewegung kann nur durch eine Demokratisierung unserer Zustände durchgeführt werden, nur durch die Vereinfachung des Junfereinflusses. Dann wird Deutschland nicht nur politisch, sondern auch sozial vorwärts kommen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Weding (Welfe): Als Mitglied der deutsch-bannärischen Partei erkläre ich gegenüber dem Abg. Dr. Wöhrer-Weinungen, daß wir die Angewandlung unserer nationalen Gesinnung als ichwerer Beladung empfinden.

Hierzu verlegt das Haus die Steuerberatung. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Am 3. Dezember habe ich ausführlich über meine Pariser Rede gesprochen und meine Ausführungen mit den Worten geschlossen: „Wer nach meiner Erklärung fernbleibt die erbärmliche Lage verzeilt, den erkläre ich für einen ehrlosen Menschen! Dem habe ich nichts hinzuzufügen.“ (Sehr. Beifall links.)

Abg. Graf Westarp (kon.): Ob Herr Scheidemann mich in mehr oder minder parlamentarischer Form für chlos erklärt, ist mir ganz gleichgültig.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Eobn-Northausen (Soz.) und Dr. Müller-Weinungen (Soz.) teilt

Präsident Baus mit, daß die sozialdemokratische Fraktion namenshafte Abstimmung über die Resolution der Konservativen auf Befreiung des Streikpostensieben beantragt haben.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

111. Sitzung, Dienstag, 14. Januar 1913, vormittags 10 Uhr.

Am Ministerpräsidenten: Dr. Bente, Dr. v. Schölermer-Bejeler.

Die erste Sitzung des Staats.

Abg. Dr. Liebkecht (Soz.): Der Finanzminister bezeichnete das persönliche Finanzwesen als eine Verächtigtheit, das Finanzprogramm von 1913 habe sich durchaus bemüht. Der Staatskanzler hat sich mit seinen 14 Milliarden gewiss in der Welt lassen. Wenn wir aber nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf Qualität sehen, müssen wir der preussischen Finanzverwaltung schwere Vorwürfe machen. Das persönliche

Staatswesen ist durchaus keine Wohlstandskennzeichnung für die Masse, der Bevölkerung, bringt aber seine Mittel durch direkte Steuern und Vertriebssteuern ab; diese haben die direkten Steuern sogar schon überbritten. Die Verwaltung muß die sozialpolitischen Aufgaben in den Vordergrund stellen und darf nicht Genuß aus dem Schwelge der Vermögen und aus der Ausbeutung der Arbeiter der Staatsbetriebe genießen. Bei der glänzenden Finanzlage müßte der Minister eine halberbrecherische Seitzfänger aufstellen, um zu beweisen, daß man auf die Steuerzuschläge nicht verzichten könne (Heiterkeit). Die offiziöse Presse, wie der „Berliner Volksanzeiger“, haben den Finanzminister in seiner höheren Anwartschaft unerschrocken. Auch wenn das Steuerrecht nicht mehr erledigt werden sollte, müßten die Steuerzuschläge möglichst schnell aus der Welt geschafft werden. Man weiß noch gar nicht, wie die zu gewöhnliche neue große Militärvorlage in ihren Kosten gedeckt werden soll.

Der Widerstand Preußens gegen die Vermögenssteuer

in der einzig möglichen Form der Erbschaftsteuer ist auf politische Gründe zurückzuführen. Die Regierung will diese Steuer nicht aus der Hand der Sozialdemokraten entgegennehmen. Rechte und Zentrum, vorläufig noch die Herren in Preußen, würden sich das nie und nimmer gefallen lassen. Wäre die preussische Regierung wirklich wahlreformfreundlich, müßte sie doch bei den Wahlen die oppositionellen Elemente gegen konservative und Zentrum stärken. Wie der Teufel vor dem Weihwasser scheut sich die Regierung, bei der Vermögenssteuer sich auf die Sozialdemokratie zu stützen. Der Ministerpräsident träumt nur von seiner gottgewollten Abhängigkeit. (Heiterkeit).

Die demonstrative Herbeiführung der geringsten sozialpolitischen Kapazitäten des preussischen Staats ist auch ein Stück Wahlmagaogie der Regierung. Die unglücklichen sozialpolitischen Angelegenheiten will ich ein klein wenig auf ihr Nominalmaß reduzieren. Von den neuinegestellten drei Millionen d. s. Unterschnungsstellen sollen ganze 300000 M. der Post der zahlreichsten Beamten der gewaltigen Ververwaltung abziehen. Die Einnahmeverwaltung erhält 2 1/2 Millionen. Da aber hier bisher schon die größere Hälfte des Unterhaltungsfonds der höheren und mittleren Beamten zuziel, wird die Verteilung dieser 2 1/2 Millionen ähnlich erfolgen. Wird aber 1 Million auf 150000 Unterteilte verteilt,

Bestimmt der Einzelne nicht einmal 7 Mk.

Hört! hört! links.) Viele Schädlichkeit konnte der Finanzminister nicht einmal dem prüfenden Landtag vorbringen. Das Wort des kaiserlichen Erlases von den Staatsbetrieben als Mutterbetrieben ist heute weniger, als im Jahre 1890. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der diesjährige Etat ist für Arbeiter und Beamte noch ungünstiger, als zu erwarten war. Die Regierung verläßt sich auf die Solidarität der Arbeiter und Beamten, was mit voller Zustimmung dieses Hauses. Auch das Zentrum tritt ganz offen und unverschämte für die Entziehung der Staatsarbeit ein. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Für die doppelte Moral der Politik der bürgerlichen Parteien sind die Konservativen am schuldigsten. Ein Weisheitswort der „Kriegszeitung“ bezeichnet die königliche Autorität als Eckstein der Regierung. In der Wahlkämpfe haben die Konservativen die königliche Autorität vor sich auf eine Art abzuweisen. (Lachen rechts.) Man muß ihre Kalkulationen bewundern, wie bei diesen Ausführungen ins Gesicht zu lachen. Sie sind in ihren Köpfen die Königsruhe nicht, zeigt eine Lobrede des Feldmarschalls v. d. Goltz auf den Grafen von Bredow, der doch nur ein Rebel! gegen den Willen seine Königs war. (Sehr richtig! bei den Soz. — Widerspruch rechts.) Widerspruch sind auch die schon im Reichstag erörterten Vorgänge bei der Reichstagswahl in Schwes.

Der Landrat v. Salem gehört vor den Strafrichter.

(Sehr richtig! b. d. Soz. und Voten.) Auch bei der Natwahl ist es auffallend, daß viele biffere gewesen. Hier muß mit einernem Beien aufgehoben werden. Der Reichstag darf sich nicht mit Entscheidungen befragen, sondern muß das Urteil an der Wurzel ansetzen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sehr schlimm hat man dem national-liberalen Kandidaten Jesso von Wittlamer in Bonnern mitgeteilt. Der selbige Minister von Wittlamer würde, wie man einmal gefragt hat, dauernd im Grab rotieren, wenn er das erlebt hätte. (Hört, links.) Dr. Friedberg ist hierauf allerdings nicht eingegangen. Die Vornrunder Nationalliberalen sind nicht bei ihm beliebt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Aus den gestrigen Ausführungen meines Parteifreundes Fischer im Reichstag über das Schreiben des Herrn Deibred an Herrn von Zöllner hat sich so recht

die Abhängigkeit des Reichs von Preußen

gezeigt. Daraus, daß dieses Schreiben durch Vertrauensbruch in die Hände des Abg. Kößler gekommen sei, kann die Regierung keinen Grund für sich vornehmen, ein Einreden auf ihre gemeinsamen gefährlichen Handlungen hinter den Kulissen zum Schaden des Volkes abzulehnen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das ist eine gemeinlichliche Geheimnistuerei. (Der Präsident tritt, welche Worte nicht gegen die Regierung zu richten und ihr nicht zu zwingen, zum ersten Male während seiner Dienstzeit einen Abgeordneten zur Ordnung zu rufen.) Ein Breslauer Professor hat jüngst die freikonservative Partei als die Partei der zeitigen und kulturellen Freiheit, als Trägerin der unbedingten Toleranz bezeichnet. Richter würde man sie als die volkshenndlichste Schmarimkerpartei neben der äußersten Rechten bezeichnen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Mit dieser Unschämlichkeit verzeiht sie ein bischen jenes Sniebens nach volkshenndlicher und volkshenndlicher Schlangen der Zentrum, das ebenfalls reaktionäre Ziele verfolgt. Graf Frachma hat gestern in seiner

kein Wort über die Wahlförderung

gesprochen, umwomehr allerdings von dem Jesuitenafese. Das zeigt, daß das Zentrum kein Vert in sich für die Interessen des Volkes hat. Wir haben freis die Vereitigung des Revidiergesetzes verlangt. Das Zentrum hat aber aus wohlthätigen Gründen ein Interesse an seiner Aufrechterhaltung. Mit einem freibilligen Waktrecht in Preußen würde aber auch das Recht entgehen fallen. Der ganze Jesuitenrummel ist vom Zentrum für sich inszeniert worden. Graf Frachma hat mit der Wuch nach der Expedite gemo, als er den Jesuitenorden als Port für die Autorität aller öffentlichen Gewalt empfohlen. Das Zentrum tritt die Berechtigung zur Führen und unterdrückt in Bayern, wo es das Recht in der Hand hat, jede freibillige Regierung. Der religiöse Gewissenstrenge verlangt, muß auch die politische gewisse Freiheit verlieren. Mit dem Jesuitenrummel wird das Zentrum

seine Berge von Sünden verdecken.

Aber wir werden diese Wahlmagaogie allenthalben brandmarken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die salische Fohul des Zentrum hat sich auch bei den Vorgängen in Saarrevier gezeigt. Bei der Rede des Handelsministers hat Herr Abg. Inbusch wie ein begeißeter Fudel da. (Heiterkeit.) Dr. Präsident bezeichnet es als nicht schicklich, Abgeordnete mit „begeißeter Fudel“ zu bezeichnen. Schallende Heiterkeit! Die Fohul des Zentrum will die Unzufriedenheit der Bevölkerung von dem politischen auf das religiöse Gebiet ablenken. Eine solche Falschmünze rei ist auf die Dauer nicht möglich. (Garm im Zentr.) Besonders anzuwand in dabei das arme gequälte evangelische Gewissen der konservativen Partei. (Heiterkeit.) Der konservative Redner ist auf die Wahlenfrage überaus nicht eingegangen, und die „Frankfurter Zeitung“ bedauert am 5. Dezember, daß der Reichskanzler nicht ein wenig O 1 auf die Wahlen er Erregung gegossen hätte. Es evangelische Gewissen der Konservativen wird ungeschickt mit dem Zentrum gemischt und die großen Massen des Volkes zu schädigen

Evangelische Orthodoxe und katholische Kirche verschmelzen in dem gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie. In den letzten Zeit trägt allerdings das Wölklein der christlich-nationalen Land- und Arbeitervereine den Himmel der Hebrereitimmung der Konservativen und des Zentrum. Die „Kriegszeitung“ schlägt eine gemeinsame Organisation der Arbeiter und Arbeitshilfer vor. Das ist eine sozietas loonina, gerade ein Vorbehlag für eine Faschismuszetsuna. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die christlichen Gewerkschaften haben sich gewandelt, das hat sich im Saarrevier gezeigt. Früher waren sie eine Kampforganisation, jetzt sind sie geradezu sozialdemokratisch geworden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die christliche Sozialistische Bewegung der christlichen Gewerkschaften, die als Streikbrecher bezeichnet und damit zugegeben, daß wir im Vorjahre sie mit Recht als Streikbrecher bezeichnet haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die tiefe Erregung im Saarrevier wird wohl die Abwendung der Arbeiter von den christlichen Gewerkschaften, die sie geschädigt haben zur Folge haben. Gegen die schroffe und rücksichtslose Verwerfung des „herr in Hause“-Standpunkt des Handelsministers müssen wir schärfste Verwahrung erheben. Die Arbeiter sind keine „Slaven“, die Fabriken keine Kasernen, in denen kommandiert wird.

Die nationalliberale Partei

wird jetzt von heftigen inneren Kämpfen geschüttelt, man verlangt schon eine Verhärkung des Parteistandes nach dem Grundlag: Wer nicht pariert, der steigt! (Hört, links.) Bald werden es zwischen dem Bommerschen Fürstgrat Ludman und dem Abgeordneten Fischer um Tüßel gekommen, wer fürstlichstisch Unglück für die Weltgeschichte! (Hört, links.) Das Wort liberal im Wort nationalliberal hat demselben Wert als das Wort frei bei dem Wort freikonservative. Die Professoren und Angehörige dieser Berufe dienen als Anhängen Ghid zum Stimmenfang, die Parteischwermächter machen die Schwerindustrie. In einer Rede in Kofen sagte der Abg. Dr. Friedberg wie ein valderer Inhabnehmer um die konservative Partei (Hört, links.) um ihre Fremdbildung neu zu erwerben. Verhandlungen über eine solche Eingangs haben nicht stattgefunden. Außer einem Ausnahmegeretz gegen die Sozialdemokratie präparieren die Konservativen eifrigst an einem Arbeitsmittelgesetz.

Es ist schwer, über das Verhalten der Regierung gegenüber der Leuerungsulge keine Satyre zu schreiben. Die Regierung soll soar die geringen Erleichterungen für die an ländliche Freieinkünfte schon am 1. April in der auf eben wollen. Dann wird aber die Nichtsteuerung wahrlich nicht noch schlimmer werden. Ue die Landwirtschaft kann unteren Heschwerbedarf überhaupt nicht decken und will es auch nicht, weil man dann den Pflanzern einbüßen würde. Eine gewisse Abhängigkeit vom Ausland wird immer bestehen bleiben, mindestens würden wir doch Fabrikate uhu. einführen müssen. Der § 12 des Reichsrechtsgesetzes muß unbedingt aufgehoben werden. Im Reichstag sind wir 2/7, hier nur 1/7. Vielleicht wird einmal im Wege der Reichsverfassung, die der Staatspräsidenten Libard für das Budget in Schwarzburg-Rudolstadt für gut und richtig erklärt hat, daß ein treis Wahlrecht in Preußen eingeführt. (Lachen rechts.) Zentrum und Nationalliberale verlieren hier vollkommen. Aber die Demokratie ist allenthalben an den Vormarsch. Die Verfassung der Wahlrechtsreform ist die letzte Galanfist, die ihnen angedrückt wird, darauf können sie nicht nehmen. (Lachen rechts.) In dem 9. Mai v. J. hat sich das Haus ein Desimal gesetzt, es hat mit den Vorgesetzten Vorcharakter und der Assens „die Wasser auf unsere Mühlen geleitet. Sie haben während der ganzen Legislaturperiode Bohn gebohrt. Sie werden die Sätze dafür erhalten. Im bevollmächtigen Wahlkampf werden wir das ganze preussische Volk mit dem Sturm aufzuklären: Nieder mit den preussischen Tyrannen, nieder mit dem schwarz-blauen Hock, nieder mit dem Dreifassenhäus! (Leb. Bravo! b. d. Soz.)

Abgeordneter v. Arnim-Jüsehorn (Konf.):

Das Haus soll nichts geleistet haben? Die 20 Millionen der Beo unwekform können meistens den l'n s'been un zureute. Es sollen mehr Silbermünzen geprägt werden. Für das Gebahren der m-eiken Kolonisation im Osten müssen die unwekfordereitum vorhanden sein. In der Zeit unträge sind wir im allgeu einen mit der Erklärung des Kallus unifers zu verhandeln. Der Bundesrat müßte eben doch auch auf Empfehlungen Nicht ist nehmen, die sich auf unange Zeitachen der Verhandlungen stützen. Das Urteil des Zentrumredners ist schief. Gegenüber Dr. Liebkecht bemerke ich, daß wir dem uö g dankbar sind, wenn er kein Regierungsbudget mit schief behagen will. Ich erinnere anbei an das, was den Attentaten gegen Wilhelm I. gewöhnliche Sozialdemokraten, unter der nach Redets Bestän und die Sozialdemokratie wirklich schwer gelien hat. Das fortschrittliche sozialdemokratische Erkundahlkommen ist das traustike Ereignis unserer Politik seit langem. (Leb. Zustimmung rechts.) Ich würde, die Volksworte bedinbel sich im Name der Sozialdemokratie, daß sie sich sich ver davon und losandern können. (Unruhe links.) Diese te traurige Verdunkelung des Bewitts von der Gemeingehlichkeit der Sozialdemokratie in werten Kreisen wäre es nicht zu verstellen, daß A. W. Moia V-gerbung sich in öffentlichen Versammlungen erlauben darf, anzurufen, es müsse doch ein Reich sein, diesen elenden Wistia sen unserer Monarchie zu räumen. (Unruh und Hört, hört rechts.) Die arge Vertierung der Nationalliberalen des Reichstags, Rebel und Scheidemann ins Präsidium zu wählen, wird sich, glaube ich, nicht vor-derten. Ich hoffe, daß auf dem Nationalliberalen Vertretertag am 19. Februar die andere Richtung siegt. Leider haben im Reichstag nur wenige Liberale für den von uns verlangten Schutz der Arbeitswilligen gestimmt. Gegen das Streikpostensetzen, für den Schutz der Arbeitswilligen und der ausländischen Arbeiter muß Nach rüchtliches geschehen. Es muß endlich Postwes geschaffen werden, damit wieder die Zustände herbeigeführt werden, die unter dem Druck des Sozialistengesetzes auf der Sozialdemokratie gelastet haben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Justizminister Beselet teilt mit, daß die kleinen Amtsgerichte nicht aufgehoben, sondern vielmehr vermehrt werden sollen.

Finanzminister Dr. Bente polemisiert gegen den Abg. Dr. Wiemer. Der Antuselat beweist, daß Kulturanschauen bei uns nicht leiden. (Zuruf links: Kultur, nicht Kultus!) Den Beweis ist Dr. Wiemer schuldig geblieben. Die Aufhebung der Zuschläge würde uns in eine Sadgasse führen, unsere Schuldentilgung ist gesund. Viele Leute haben wohl aus Kriegsjurche die Silbermünzen im Puse, daher der Mangel.

Abg. Dr. Vorfch (Zentr.):

bemerkte gegen Dr. Liebkecht, daß das Zentrum sich deshalb über die Wahlrechtfrage auszusprechen habe, weil seine Stellung zu dieser Frage bekannt ist. Überigens werde sie bei den Neuwahlen in breuester Öffentlichkeit erörtert werden. Dann geht der Redner auf die Jesuitenfrage ein und polemisiert eingehend gegen Dr. Friedberg. Sind die Jesuiten für oder gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes? Wir billigen den Juven volle Gleichberechtigung zu, das beweist zum Beispiel unsere Stellung zum Schächterverbot. Nach Liebkecht leben wir vom Jesuitengesetz, nun wir wünschen eumäßig seine Vereitigung. Es gibt dem Fundstat eine Blanko-rönmacht, wie kein anderes Gesetz. Die Rede Debels beim Er as des Jesuitengesetzes müßte jeder Staatsmann lesen. Er hat geant, daß mit der kirchlichen auch die rüchliche Autorität fallen müßte. (Hört, hört im Zentrum.) Warum regte sich Dr. Friedberg über den bayerischen Juvenertal auf, wo doch 1873 nach Preußen einen erlassen hat? Der Bundesrat beschließt in eine Ver fürbung der bestehenden Bragis, außerdem verliert er mit dem Verbot Jesuitengesetzungsverhandlungen gegen das Reichsoverengesetz und muß von den Wörichtern als rechtsunwürdig erklärt werden. (Schluß siehe L. Beilage.)

Auf der Eisbahn.

Wolch stellen wir dahin auf des "Prinzipals" "Brennender... die letzten "Wügel am Fuß". Ein Kammernmädchen... die Eisbahn, wo sie sich... die Eisbahn, wo sie sich... die Eisbahn, wo sie sich...

Über eine neue Erzeugung des Sonnenlichts. Der norwegische Physiker... die Erzeugung des Sonnenlichts... die Erzeugung des Sonnenlichts...

Bermittltes.

Über eine neue Erzeugung des Sonnenlichts. Der norwegische Physiker... die Erzeugung des Sonnenlichts... die Erzeugung des Sonnenlichts...

bestimmte Größe hergeleitet ist. Auch die noch immer räthselhafte... die noch immer räthselhafte... die noch immer räthselhafte...

Ein Preis von 10 Millionen. Ein sündiger Vertreter... die noch immer räthselhafte... die noch immer räthselhafte...

Die schwersten menschlichen Gehirne. Man hat häufig... die noch immer räthselhafte... die noch immer räthselhafte...

Das neue Lied.

Niemand entgeht der Not der Zeit... die noch immer räthselhafte... die noch immer räthselhafte...

Das Sandstrahlbild hatte sich verändert, auf beiden... die noch immer räthselhafte... die noch immer räthselhafte...

Beilage zur Volkswacht und Volkszeitung. Blätter zur Belehrung und Unterhaltung. 1913. Breisau, den 16. Januar 1913.

Ueberrascht hätte Robert auf die Felle; die schneeweißen... die noch immer räthselhafte... die noch immer räthselhafte...

Wegen Abend erreichte der Zug Hagen, und Robert... die noch immer räthselhafte... die noch immer räthselhafte...

Das Sandstrahlbild hatte sich verändert, auf beiden... die noch immer räthselhafte... die noch immer räthselhafte...

Die Frau der Mann aus Chicago? fragte dieser in deutscher Sprache. Und als er bejahte, reichte ihm der Mann die Hand.

„Sicherlich vollkommen. Mein Name ist Eddie King. Sie sind die Frau der Mann, der mich hierher gebracht hat.“

„Da trat ein Mann durch die Tür, der wohl aber nicht der Mann war.“

„Der Mann, den Sie beschreiben, ist ein Mann, der mich hierher gebracht hat.“

„Sie haben einen Namen, den Sie mir sagen.“

„Der Name ist Eddie King.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Der Name ist Eddie King.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Der Name ist Eddie King.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Der Name ist Eddie King.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Der Name ist Eddie King.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Der Name ist Eddie King.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Der Name ist Eddie King.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Der Name ist Eddie King.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Der Name ist Eddie King.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“

„Das ist der Name, den Sie mir sagen.“